Klassenkampf

Kommunistisches Organ

[fü]r den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe n. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

[Ei]nzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 9. Juni 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 133

[G]egen Hindenburgs Fürstenfront Einheitsfront der Werktätigen!

[A]uf zum Massensturm gegen Hindenburg – Marx!

[Hin]denburg deckt Loebell — Marx deckt Hindenburg

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 9. Juni.**

[Die] Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes erweist sich als gut [vorbe]reitetes Manöver der Fürstenknechte gegen den Volksentscheid. [Das] Bureau des Reichspräsidenten ließ heute der Presse mitteilen, [daß der] Reichspräsident mit der Veröffentlichung des Briefes ein[verstan]den sei **und voll und ganz zu diesem Briefe stehe.** Der [„...] am Mittag" **wird von Regierungsseite mitgeteilt, daß das** [Kabin]ett unter diesen Umständen keine Veranlassung nehmen werde, [sich m]it dem Briefe des Reichspräsidenten weiter zu befassen, da [es sich] um eine nichtamtliche Korrespondenz Hindenburgs handele.(!) [Da H]indenburg mit der Veröffentlichung des Briefes einverstanden [sei, ha]be das Kabinett auch keine Möglichkeit, Herrn v. Loebell [wegen] der Publikation Vorhaltungen zu machen. Die Regierung [des R]eichsbannerkameraden **Marx deckt also den provokatorischen [Brief] Hindenburgs in vollem Umfange.** Die **„Welt am Abend"** [bringt] heute in der Schlagzeile „Vor den Staatsgerichtshof mit [Hinden]burg!" **Die demokratische Presse ist sehr unwillig darüber, [daß H]indenburg die loyale Maske des schwarzrotgoldenen Groß[vaters] der Republik abgeworfen hat und brutal und rücksichtslos die [Politik] des Schwerkapitals und der Hohenzollern durchführt.** [Durch d]en Hindenburg-Brief und seine Deckung durch die Reichs[regie]rung, ist es für die breitesten Bevölkerungsschichten klar ge[worde]n, daß der Kampf gegen die Fürsten sich zugleich auch gegen [die rea]ktionäre Regierung und den Reichspräsidenten Hindenburg [richte]n muß. Der Hindenburg-Brief und die Haltung des „Vor[wärts"] werden in den **Berliner Großbetrieben** eifrig [diskut]iert, wobei die sozialdemokratischen Arbeiter ebenso scharf [gegen] das Zentralorgan ihrer Partei Stellung nehmen wie die [Kom]munisten.

[D]ie Parteien zur Staatsstreichdrohung

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 9. Juni.**

[Der] „Vorwärts" weiß noch nicht, wie er seinen Lesern plausibel [mache]n soll, daß der von ihm gestern noch geschützte Hindenburg [mi]t der Veröffentlichung des Briefes einverstanden erklärt hat. [In de]r heutigen Morgenausgabe wird dazu überhaupt nicht Stel[lung] genommen. Statt dessen meldet der „Vorwärts", daß die [Sozial]demokraten bei Beratung des Fürstenabfindungsgesetzes der [Regie]rung zu der Briefaffäre Hindenburg-Loebell eine Erklärung [abgeb]en wollen. **Die sozialdemokratischen Führer sind also nicht [der M]einung, daß man gegen den Reichspräsidenten und die ihn [deck]ende Regierung vorgehen muß.**

[Die] kommunistische Fraktion hat gestern in einer Interpellation [gege]n die Staatsstreichdrohungen Hindenburgs Stellung ge[nom]men und ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht.

[D]ie Regierung selbst will mit allen Mitteln versuchen, ihr [Fürst]enabfindungsgesetz noch vor dem 20. Juni zur Annahme zu [bring]en. Da aber Schwierigkeiten bestehen, werden die bürgerlichen [Partei]en schon jetzt mobilisiert, um die Masse ihrer Anhänger zu [gewin]nen. So hat das **Zentrum** in seiner gestrigen Fraktions[sitzung] erklärt, daß es nach wie vor gegen die Fürstenenteignung sei, [und] auch dann, wenn der Volksentscheid nicht durchkäme, sich für [eine „]gerechte Lösung" der Abfindungsfrage einsetzen werde, selbst [wenn] die Volkspartei abspringe. Es scheint also, daß die Volks[partei] schon jetzt den „Kompromiß" nicht mehr mitmacht. Die [demo]kratische **Presse** ist entsetzt über die Erklärung Hin[denbur]gs, es fällt ihr äußerst schwer, Hindenburg noch als harm[losen] Mann hinzustellen. Die „Vossische Zeitung" bedauert außer[ordent]lich, daß die Frage sich verschärft und schreibt: **„Jedenfalls [ist die] bedauerliche Wirkung eingetreten, daß die Sozialdemokratische [Partei] offenkundig gegen ihren Willen in eine Kampfstellung gegen [Hinde]nburg hineingezwungen ist . . .** Wenn jetzt auch die Sozial[demokr]aten ihre achtungsvolle Neutralität gegenüber der Person [und d]er Stellung des Reichspräsidenten aufgeben, so ist das aus[schließ]lich das Ergebnis der Machenschaften, die von den angeb[lichen] Freunden und Verehrern Hindenburgs ins Werk gesetzt wor[den."]

[Die] SPD.-Führer denken aber gar nicht daran! In einer [Rundsch]au zum Hindenburg-Brief polemisiert der „Vorwärts" aufs [schärfst]e gegen die „Kreuz-Zeitung", die dem „Vorwärts" vor[geworf]en hat, die Sozialdemokraten **wollten die Autorität Hinden[burgs u]ntergraben** und schreibt: **„Wir erklären, daß wir bei aller [politisch]en Gegnerschaft und bei aller Schärfe der Kritik, wo sie not[wendig] ist, auf die Stufe der deutschnationalen Presse nicht herab[sinken] werden."**

[Über] die Wirkung des Hindenburg-Briefes auf die Enteignungs[kampag]ne schreibt die **„Vossische Zeitung": „Was den** Volksentscheid selbst anlangt, so bedeutet die hemmungslose Agitation, die neuerdings von den Monarchisten betrieben wird, keineswegs eine Verhinderung der Aussichten des Enteignungsgesetzes. Je mehr das Bestreben hervortritt, die Entscheidung am 20. Juni zu einer Parteisache zu machen, bei der die Rechte gegen die Linke steht, desto mehr treten die prinzipiellen Bedenken zurück, die der Bejahung des Volksentscheids entgegenstehen. Die Kreise, denen es mit dem Kampf gegen die Enteignung ernst ist, sollten sich einmal überlegen, wie die hetzerische Agitation der Rechtsradikalen auf den objektiven Staatsbürger wirken muß, der an sich die Vertragsfassung des Volksentscheids nicht billigt."**

Die KPD. zum Hindenburg-Brief

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 9. Juni.**

Die kommunistische Landtagsfraktion hat zum Hindenburg-Brief einen Urantrag eingereicht, in dem gefordert wird:

1. Der Landtag erhebt schärfsten Protest gegen die Ausführungen Hindenburgs in seinem Briefe an Loebell und spricht sein schärfstes Mißtrauen dem Reichspräsidenten aus.

2. Der Landtag erklärt, die in dem Brief enthaltenen Drohungen gegen ein vom Volk begehrtes und beschlossenes Gesetz sind die offene Vorbereitung eines krassen Verfassungsbruches.

3. Der Landtag beauftragt das Staatsministerium, bei Reichsrat und bei der Reichsregierung gegen die Haltung des Reichspräsidenten einen schärfsten Einspruch zu erheben und von der Regierung eine öffentliche Erklärung zu verlangen.

Das Fürstenabfindungsgesetz vor dem Reichstag

Auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist der Gesetzentwurf der Regierung über die Fürstenabfindung gesetzt worden. Die erste Beratung wird durch eine Erklärung der Reichsregierung eingeleitet. Die demokratische Presse erklärt die Aussichten für eine Erledigung des Gesetzes bis zum Volksentscheid für sehr gering.

Zum Regierungsgesetz ist nichts mehr zu sagen. Es ist eine Wiederholung des Kompromißbetrugs der Koalitionspartei, welcher die **Entscheidung über die Fürstenvermögen in die Hände reaktionärer Richter legt, die in ihrer Mehrheit Berufsrichter sein sollen und die von Hindenburg lebenslänglich ernannt werden. Der Gesetzentwurf der Regierung bedeutet also Blankovollmacht für die reaktionären Richter und damit Erfüllung der fürstlichen Milliardenforderungen.**

Faschisten rüsten

(Eig. Drahtm.) **Frankfurt a. M.,** 9. Juni.

In Groß-Bieberein wurden bei einem Führer einer rechtsstehenden Organisation 75 Militärgewehre, eine große Anzahl Seitengewehre und eine beträchtliche Menge Munition entdeckt, die in Kisten verpackt war und allem Anschein nach abtransportiert werden sollte. Für wen die Sendung bestimmt war, **konnte von der Polizei,** da jede Auskunft verweigert wurde, noch nicht festgestellt werden.

Gemeinsamer Aktionsausschuß in Piesteritz

Zur Durchführung des Volksentscheids

Die Ortsgruppe der KPD. Piesteritz hatte an alle örtlichen Sport- und Kulturorganisationen, an die SPD. und SAJ. ein Schreiben gerichtet, worin sie zu einer gemeinsamen Besprechung über die Durchführung des Volksentscheids für die Fürstenenteignung eingeladen wurden. Die Besprechung hat am Donnerstag, dem 3. Juni, im „Schützenhaus", Kleinwittenberg, stattgefunden. Alle geladenen Organisationen waren durch ihre Delegierten sämtlich erschienen. Genosse Bassümer richtete einige kurze **Worte** an die Versammelten, indem **er** darauf hindeutete, daß der Tag des Volksentscheids eine Sache aller Proletarier sei. Er betonte ferner, daß alle Kräfte einheitlich zusammengefaßt werden müßten, um an diesem Tage einen entscheidenden Sieg davonzutragen. Da sich die zu Worte kommenden Diskussionsredner mit den Ausführungen unseres Genossen einverstanden erklärten, wurde daraufhin beschlossen, einen **„Aktionsausschuß zur Durchführung des Volksentscheids"** zu bilden. Als Mitglieder des Aktionsausschusses gelten **alle anwesenden Delegierten unter der Leitung von zwei KPD.- und zwei SPD.-Genossen, dazu je ein Vertreter der kommunistischen** und sozialdemokratischen Jugend. Alle Anwesenden erklärten sich bereit, in ihren Kreisen dafür einzutreten, daß sich alle verfügbaren Kräfte zur Verfügung stellen. Genosse Lehmann, der die Versammlung leitete, **schloß sie mit dem Wunsche für einen guten Erfolg der Zusammenarbeit.**

Der kaiserliche Staatsstreichs-Präsident

E. R. Hindenburg ist mit seinem Schreiben an den früheren königl. Staatsminister v. Loebell, dem Vorsitzenden des Reichsbürgerrates, offen an die Spitze der Front gegen den Volksentscheid gestellt worden. Hindenburg, der „verfassungstreue Großpapa" der schwarzrotgoldenen Republik, nimmt Stellung und — gibt dabei aufs Schärfste die aktuellen Losungen, um die sich die entscheidenden Kräfte der deutschen reaktionären Bourgeoisie und ihrer faschistischen Kampfverbände sammeln sollen.

Hat sich Herr Hindenburg — von den schwarzrotgoldenen Republikanern bisher schier in den Himmel gehoben — über Nacht plötzlich verwandelt? Oder ist sein Brief an Loebell nur eine Fortsetzung der Linie seiner bisherigen Politik, wenn auch erstmalig in aller brutalen Offenheit enthüllt?

Der Präsident der „Republik" mit seiner „kaiserlich-königlichen Gesinnung" war der Kandidat des deutschen Finanzkapitals und der Großagrarier. Mit ihrem Geld zog Herr **von Loebell** die Wahlmaschine für Hindenburg, den „Retter", auf. Also: die Politik der reaktionären großkapitalistischen Geldgeber mußte Hindenburgs Politik sein. Nicht zu grob, nicht zu plump, aber Schritt für Schritt vorwärts zu den reaktionären Zielen, war sie gedacht. **Und Hindenburg rettete das deutsche Großkapital vor den „geldgierigen" Ansprüchen der armen Aufwertungsgläubiger aus dem Mittelstand.** Durch seine Stellungnahme zum **Duellgesetz** half er, den reaktionärsten militaristischen Geist im Offizierskorps der Reichswehr aufrecht zu erhalten. Sein drittes Auftreten als Sachwalter der deutschen Reaktion war sein Kommando an Luther in der **Flaggenfrage**. Nicht eine monarchistische Dummheit war die Wiedereinführung der schwarzweißroten Flagge, sondern ein wohlüberlegter Vorstoß, um über den Vormarsch der deutschen Kapitalistenklasse, über ihren reaktionären Restaurationsbestrebungen die alte Flagge ihrer Klassenmacht aufzuziehen.

Die jetzige Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes durch Loebell, dem Wahlmacher Hindenburgs und Beauftragten der kapitalistisch-monarchistischen Hintermänner der Hindenburg-Wahl, zeigt **die ganze Verschärfung der Situation in Deutschland.** Die Politik des „Retters" konnte nicht verhindern, sondern mußte fördern die wachsende Empörung der enteigneten, vom Großkapital ausgeräuberten Mittelschichten und die Radikalisierung der Arbeiterschaft, die eine Welle schlimmsten Unternehmerterrors, die Nackenschläge der kapitalistischn Rationalisierung und die Peitsche der Massen-Erwerbslosigkeit vom „Retter" beschert erhielt. So wurde die Bewegung gegen den Drei-Milliarden-Raub der Fürsten zu einer **gewaltigen Volksbewegung der Arbeiter und der mittelständlerischen Schichten.** Die Kapitalistenklasse antwortete mit dem organisierten reaktionären Terror ihres Staatsapparats gegen den Volksentscheid. Trotz alles Kulissenkuhhandelns im Reichstag scheiterte ihre Sabotage des Volksentscheids. Aber mit dem Ansetzen des Termins zum Volksentscheid, was unter dem Massendruck erfolgte, begann eine Welle niederträchtigster Lügenhetze gegen den Volksentscheid und **gesteigerter faschistischer Bürgerkriegsübungen** im ganzen Lande.

Hindenburg, der kaisertreue Präsident an der Spitze der reaktionären Front! Hindenburg, der sein Leben „im Dienste der Könige von Preußen und der Deutschen Kaiser verbracht" hat, wendet sich in den schärfsten Ausdrücken gegen den Volksentscheid. Er wiederholt mit aller Schärfe **Stresemanns** Drohung, es würde sich „keine Regierung finden, die einen siegreichen Volksentscheid durchführt", indem er erklärt, daß mit der Annahme des Volksentscheids „einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat ruht, beseitigt" sei und „ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt". Loebell unterstreicht diese Drohung noch offener:

> „Die starken Kräfte auf dem rechten Lager . . . werden mit aller Kraft und dem ganzen Einsatz ihrer Person (!) diese Grundlagen des deutschen Staates verteidigen . . .
>
> Wer den Reichspräsidenten von Hindenburg kennt, der weiß, wie der Reichspräsident vom ersten Tage seiner Amtsführung an nur das Programm überlegener und sachlicher Staatspolitik verfolgt hat, der weiß, daß der Reichspräsident sich niemals dazu hergeben wird, von sich den Rechtsstaat zu zerstören und den Staat der politischen Willkür der sozialdemokratischen und kommunistischen Führer und der Demokraten, die diese Tendenz unterstützen, zu überlassen."

Der Wahlmaneger der Wahl des Herrn Hindenburg weiß, daß Hindenburg sich „nie dazu hergeben würde", einen siegreichen Volksentscheid für die Fürstenenteignung zu vollziehen und er kündet den Staatsstreich „der starken Kräfte auf dem rechten Lager" wieder an. Hindenburg an der Spitze der Staatsstreichdrohung!

Die Hindenburg-Front — das ist die Front des deutschen **Schwerkapitals und der Großagrarier, das sind die immer unverhüllbaren Bürgerkriegsmanöver der monarchistisch-faschistischen Kampfverbände und ihrer „legalen" Zusammenarbeit mit der Reichswehr, das ist**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260609-12/fragment/page=0001

der Artikel 48 als Weg zur „Rettung des bedrohten Rechtsstaates“ durch den Staatsstreich. **Die Hindenburg-Front ist der Block aller Volksausplünderer, der Großkapitalisten, der Fürsten und der Fürstenknechte.**

Hindenburgs Brief ist das Sammlungssignal für die deutsche Konterrevolution, das Signal zum unverhüllten Aufmarsch. Wie weit die Vorbereitungen zum Staatsstreich schon gediehen sind, zeigt ein Artikel **„Alarm!“** in der Berliner Zeitschrift **„Das Tagebuch“**, in dem ein **„hoher Staatsbeamter“** (augenscheinlich aus der preußischen Regierung) schreibt:

„Diejenigen, die in den Dingen mitten drinnen stehen und wissen, was vorgeht, haben oft das Gefühl, als ob die Ereignisse nicht mehr aufzuhalten seien und als ob wir unaufhaltsam den schwersten und gefährlichsten Wirren entgegentorkelten!“

Und in einer solchen Situation schärfster Zuspitzung und des konzentrierten Aufmarsches der Reaktion will der „Vorwärts“ und die gesamte SPD.-Presse erzählen, daß Hindenburg „das Opfer einer Intrige Loebells“ geworden sei und „staatsrechtlich korrekt“ gehandelt habe. Unermüdlich suchen die SPD.-Führer nach immer neuen Argumenten, den Hindenburg-Brief als „harmlos“ hinzustellen und Hindenburg zu verteidigen.

Wahrlich: **Diese Haltung bedeutet die vollste Unterstützung der Hindenburg-Front durch die SPD.-Führer.** Gleichzeitig gehen jedoch diese Führer mit organisatorischen Drohungen gegen die SPD.-Arbeiter vor, die — zur Abwehr der Hindenburg-Pläne — für die proletarische Einheitsfront sind, und gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern **Einheitskomitees** bilden.

Jeder Werktätige muß erkennen, daß gegen die Pläne, an deren Spitze der kaiserliche Staatsstreich-Präsident steht, **die geschlossene Macht aller Arbeitenden** gestellt werden muß. Darum: Mobilmachung mit allen Kräften für den siegreichen Volksentscheid! 20 Millionen Ja-Stimmen am 20. Juni! 20 Millionen im außerparlamentarischen Kampfe gegen die Hindenburg-Pläne, gegen Hindenburg, gegen Marx und ihren Reichstag!

Schafft Einheitskomitees!

Die schwarzweißrote Flaggenverordnung bereits durchgeführt

Neue monarchistische Provokation

Die Marx-Regierung veröffentlicht eine Mitteilung, wonach die Flaggenverordnung bis zum 1. August, dem Verfassungstag, durchgeführt werden soll. Am 11. August sollen alle deutschen Missionen in Uebersee und in europäischen Hafenstädten neben der schwarzrotgoldenen Reichsflagge auch die schwarzweißrote Flagge hissen.

Inzwischen ist aber die schwarzweißrote Flaggenverordnung Hindenburgs praktisch schon von der Marx-Stresemann-Regierung durchgeführt worden. An die Auslandsvertretungen in Schweden, Spanien, Amerika usw. ist die Anweisung ergangen, die Flaggenverordnung sofort in Kraft treten zu lassen, d. h. die schwarzweißrote Handelsflagge zu hissen.

Luther hat bekanntlich das Versprechen abgegeben, vor dem August die Verordnung nicht durchzuführen. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit dieser Erklärung Luthers zufrieden gegeben. Wie wird sie diese neueste monarchistische Provokation hinnehmen?

SPD.-Ministerpräsident für Monarchistenflagge

Der Sächsische Landtag nahm am 8. Juni einen Antrag an, die Regierung zu veranlassen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß der schwarzweißrote Flaggenerlaß zurückgezogen wird. **Der sozialdemokratische Ministerpräsident Heldt sprach gegen den Antrag mit der Bedingung, daß er „durch die neuere Entwicklung überholt sei“. Bei der Abstimmung stimmten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Ministerpräsident Heldt gegen den Antrag.** Was werden die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser Einheitsfront zwischen Deutschnationalen und dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten im Zeichen der Monarchistenflagge sagen?

Abänderung der bayerischen Verfassung vorläufig abgelehnt

München, 9. Juni.

Am Dienstagnachmittag fand die zweite Lesung des vom Verfassungsausschuß angenommenen Antrags statt, nach dem Verfassungsänderungen nicht der Zustimmung von ⅔ der gesetzlichen Abgeordnetenzahl, sondern lediglich der ⅔-Mehrheit der anwesenden Abgeordneten bedürfen. Mit dieser Bestimmung hoffte man die endgültige Vorarbeit geleistet zu haben für die Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre und für die Schaffung einer zweiten Kammer. Der betreffende Antrag ist nunmehr in zweiter Lesung abgelehnt worden, obwohl man bestimmt mit der Annahme rechnete. Bei der namentlichen Abstimmung enthielt sich der zur radikalen Gruppe des Bauernbundes gehörige Abgeordnete Klarhauser der Stimme, so daß nur 85 Stimmen für den Antrag abgegeben wurden. 86 Stimmen waren notwendig. — Es ist selbstverständlich, daß das Damoklesschwert der Verfassungsänderung in Bayern weiter bestehen bleibt und daß die bayrische Regierung alles versuchen wird, den im Verfassungsausschuß angenommene Antrag auch im Landtag weiterhin durchzudrücken.

Reichsbanner für Volksentscheid

Die „Rheinische Zeitung“ läßt sich aus Braunschweig melden:

„Am Sonnabendabend marschierten über 3000 Reichsbannerkameraden nach einer Riesenversammlung mit drei starken Musikkapellen, 20 schwarzrotgoldenen Fahnen und etwa 50 zum Teil über fünf Meter langen Transparenten durch die Stadt Braunschweig. Die Transparente trugen die Aufschriften: Keinen Pfennig den Fürsten! Stimmt am 20. Juni mit Ja! Verhindert den Fürstenraub! usw. Ganze Bürden von Inflationsgeld wurden auf blauen Tafeln von je vier Mann getragen, von denen Plakate herabfielen mit den Aufschriften: Uns gab man diese Lappen, wollt Ihr noch mehr berappen?“

Der Zug soll noch mehrmals wiederholt werden.

Einheitskomitee in Haan

(RNP.) **Solingen**, 8. Juni.

Auf Einladung des freien Gewerkschaftskartells zur Gründung eines Einheitskomitees waren folgende Korporationen durch ihre Vertreter erschienen: Freies Gewerkschaftskartell, KPD., Kommunistische Jugend, SPD., Soz. Arb.-Jugend, Reichsbanner, Naturfreunde, Volkschor, Arb.-Radfahrer, Freie Turnerschaft und Samariter.

Es wurde beschlossen, alle Arbeiten für die siegreiche Durchführung des Volksentscheids sofort energisch in Angriff zu nehmen.

Arbeitermord überall

Frankfurt a. M., 8. Juni.

In Oberstetten wurden vier Arbeiter beim Umbau einer Scheune getötet und einer schwer verletzt.

In einem Granitsteinbruch bei Düngerbrück waren Arbeiter mit der Fertigstellung einer Sprengladung beschäftigt, als ein schwerer Felsblock über ihnen sich ablöste und in die Tiefe stürzte. Zwei Arbeiter wurden getötet, mehrere verletzt.

Hamborn, 8. Juni.

Infolge eines Wasserdurchbruchs auf Schacht „3 3.“ des Thyssen-Bergbaues wurde mehreren Häuern der Ausgang abgeschnitten. Zwei Mann sind mit Verletzungen gerettet, zwei werden noch vermißt.

Wilhelms Zivilliste

Ursprünglich hatte die Zivilliste der preußischen Könige 2½ Millionen Taler betragen; diese Summe sollte aus den Einkünften von Domänen herausgeholt werden, die die Hohenzollern zusammengestohlen hatten.

Im Laufe der Regierung Wilhelms wurde diese Zivilliste wiederholt erhöht, zuletzt im Jahre 1910 von 15,7 auf 17,7 Millionen. Davon steckte Wilhelm zuerst einmal 1¼ Millionen in seine eigene Tasche als eine Art Taschengeld, 210 000 Mark bekam Auguste Viktoria. **Mit dem „Taschengeld“ operierte Wilhelm so, daß er jährlich Rücklagen machte, 1888 begann es mit 180 000 Mk., nach 30 Jahren hatte er sich 18 Millionen „gespart“! Hatte er einmal ein Jahr weniger zurückgelegt, mußte das Hausministerium Krach machen und Erhöhung der Zivilliste verlangen. Natürlich ging das durch und wir mußten zahlen.**

Die „Spargroschen“ Wilhelms sind unser eigenstes sauer verdientes Geld! Natürlich will er sie jetzt heraushaben. Man muß nicht denken, daß die Ausgaben für Bauten usw. aus der Zivilliste bestritten wurden, die wurden extra angefordert. **Die 12 Millionen Mark für Kirchenbauten, die sich Auguste Viktoria mit ihrem frommen Höfling Mirbach leistete, wurden mit dem Klingelbeutel aufgebracht, die Spender erhielten zur Belohnung Orden und Titel (Kommerzienrat!). Die entsetzlichen Bauten im wilhelminischen Stil wurden aus der Zivilliste bezahlt, also mit öffentlichen Geldern! 2 Millionen wurden jährlich verbaut.**

Wo ist auch nur der Schein eines Rechts, nach dem Wilhelm auf Entschädigung Anspruch machen könnte? Mit unserem Geld hat er gewirtschaftet.

Die Tribute an Wilhelm

Als Wilhelm nach Holland desertiert war, sandte man ihm noch im November 1918 650 000 Mark! Nach damaligem Dollarstand waren es weit über eine halbe Million Goldmark!

Nachdem man die ungeheuren Vorräte an Lebensmitteln und Weinen im Berliner Schloß aufgefunden hatte, wurde es einem klar, daß Wilhelm großen Appetit und ungeheuren Durst hatte.

3 Milliarden für die Fürsten!

Pfennige für die Sozialrentner und durch die Inflation enteigneten Besitzer von Sparkassenguthaben!

Das will die Regierung

Stimmt am 20. Juni für die Enteignung der Fürsten!

Während die Hungerblockade Deutschlands noch fortdauerte, der Wilhelm durch seine Desertion entronnen war, sandte man ihm gegen Jahreswende 1918 gleich acht Millionen Mark.

Aber immer noch zitterte man um Wilhelms Gesundheit, der alte Mann könnte am Ende noch der holländischen Armenpflege zur Last fallen und mit Holzhacken nicht genug verdienen. Und weil in Deutschland Hunger, Not, Elend und Noske herrschte, wollte man den letzten deutschen Deserteur reichlich belohnen — er erhielt nochmals zehn Millionen, man kaufte ihm zwei Grundstücke in der Wilhelmstraße ab, die ihm gar nicht gehörten — — dafür bekam er 40 Millionen! Dann verkaufte man zwei Jachten, für die er ehedem sich die Gelder vom Reichstag hatte bewilligen lassen —, das machte wieder vier Millionen — die gingen auch nach Holland. Das nennt sich noch eine hochherzige Armenpflege!

Natürlich schrieb Wilhelm weiter herzzerreißende Briefe, er litt offenbar ganz furchtbare Entbehrungen. Flugs gingen weitere sieben Millionen nach Holland. Dafür kaufte sich Wilhelm ein Schloß und richtete sich kaiserlich ein — natürlich war es ihm völlig unmöglich, sich Mobiliar anzuschaffen, zum Holzhacken reichte die spärliche Begabung, aber zum Tischlern langte es nicht. Also flugs Telegramme, Adjutanten, Hilfeschreie nach Berlin. Es hätte einen Hund jammern können. Man mußte dem Deserteur hundert vollbepackte Möbelwagen nach Holland senden, sie enthielten außerordentlich wertvolles Inventar aus den Berliner Schlössern. Die gesamte Ausstattung wurde Wilhelm geliefert! Sie repräsentiert unschätzbare Werte von vielen, vielen Millionen! In einer der Sendungen befanden sich 1000 silberne Teller! Wahrscheinlich sollte Wilhelm einen Notgroschen zum Versilbern haben. Aber auch jetzt hatte Wilhelm noch nicht genug. Der Ruhrkrieg brach aus, die Reichsbank brauchte notwendig Devisen, das bürgerliche Deutschland ergab sich dem wildesten Nationalismus und machte in Haß und Blut und Bombe und Korruption. . . Durchhalten — hieß wieder die Losung. Wundert es einen, daß sich in diesem Augenblick Wilhelm wieder bemerkbar machte, um die nationale Front zu stützen — gegen die Mark war er mißtrauisch, er verlangte Devisen, obwohl es bei hoher Strafe verboten war, in Devisen zu zahlen, und die Polizei auf den Berliner Straßen Razzien machte, um arme Teufel auf Lastwagen abzutransportieren, die einen einzigen Dollar gekauft hatten, ließ sich Wilhelm 24 000 holländische Gulden schicken. Es ist immer dasselbe Lied — die Kleinen hängt man, die Großen läßt man nicht nur laufen, sondern weiter plündern.

Es kam die Zeit der Stabilisierung, des Abbaus, der Geldknappheit, der Kreditnot. In Hunderttausenden flogen die Arbeiter auf die Straße, die Löhne wurden rigoros abgebaut, die Unterstützungen heruntergesetzt, vor den Arbeitsnachweisen drängten sich Tausende und aber Tausende. Die Ruhrindustriellen bekamen ihre 700 Millionen, auch Wilhelm hielt die Hand schon wieder hin. Und wieder öffnete er sie nicht vergeblich, dieses Mal bekam er gleich eine Rente, während ringsum im Lande alle Rentenempfänger in ein geradezu grauenhaftes Elend gestoßen wurden — Wilhlem erhielt seit dem 1. Januar 1924 monatlich 50000 Mk. Man kann schätzen, daß Wilhelm augenblicklich im Monat über eine Viertelmillion, weit über 250 000 Mk. zu verleben hat! Die Zahl dürfte eher noch zu niedrig sein.

Gelingt es nicht, die 20 Millionen Stimmen am 20. Juni aufzubringen, so bedeutet das, daß Wilhelm über eine Million im Monat zu verzehren hat. Die bezahlen wir, und die genügte, um den letzten vernichtenden Schlag gegen uns zu führen!

Das Hindenburg-Plakat

Berlin, 9. Juni.

Die Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 8. Juni druckt das von Loebell hergestellte Riesenplakat mit dem Bild und dem Brief Hindenburgs ab. Der Brief wird auch als Flugblatt in Millionen von Exemplaren verbreitet werden. Loebell hat noch zu den aus Hindenburgs zitierten Sätzen als letzten Satz folgenden Schluß hinzugefügt: **„Deshalb am 20. Juni Stimmenthaltung!“** Der „Vorwärts“ stellt schüchtern die Frage, ob Hindenburg auch mit dieser Fälschung einverstanden ist.

Hindenburgs „Moral“ und die Inflationsenteigneten

Hindenburg hat den Volksentscheid für die Fürstenenteignung als einen Verstoß „gegen Moral und Gerechtigkeit“ bezeichnet.

Dazu schreibt die „Berliner Volkszeitung“:

„Der Reichspräsident hatte um so mehr Anlaß, eine öffentliche Stellungnahme in der Frage der Fürstenenteignung zu meiden, als er den bereits tatsächlich Enteigneten, nämlich Sparern, Rentnern und sonstigen Aufwertungsgläubigern gegenüber bisher jede öffentliche Stellungnahme, jede auch nur „persönliche“ Festlegung sorgsam vermieden hat. Können diese Leute, die immer an die Reichsregierung als die zuständige Instanz verwiesen wurden, nun nicht sagen, es gäbe zweierlei Recht?“

Für den „Retter“ gibt es natürlich nur ein Recht — nämlich das zugunsten der großkapitalistischen Inflationsgewinnler und der fürstlichen Räuber. So sieht seine „Moral“ und „Gerechtigkeit“ aus!

Gebt ihm am 20. Juni die Antwort!

Die unerschütterliche Front der englischen Bergarbeiter

Justizterror gegen die englischen Gewerkschaften

London, 8. Juni. (Eig. Ber.) Bisher ist die Front der Bergarbeiter absolut unerschüttert. Die Versuche einzelner rechter Führer, innerhalb des Bergarbeiterverbandes für ein Kompromiß Stimmung zu machen, sind völlig gescheitert. Bezeichnend waren die Vorgänge im Bezirk Northumberland. Der Vorstand der Bergarbeiterorganisation dieser Gegend hatte eine zweifelhafte Resolution abgefaßt. Die Resolution empfahl dem Vorstand des britischen Bergarbeiterverbandes, er solle die Verhandlungen mit den Zechenbesitzern und der Regierung erneuern, mit dem Ziel, möglichst gute Bedingungen auf der Grundlage des Kohlenkommissionsberichtes zu erreichen. Die einzelnen Ortsgruppen des Bergarbeiterverbandes in Northumberland haben nun zu dem Vorschlag des Vorstandes Stellung genommen und ihn sämtlich aufs schärfste abgelehnt. Einzelne Resolutionen verlangen den sofortigen Rücktritt der Führer, die jene Resolution verfaßt haben.

„Daily Herald“ teilt mit, daß bei der Zeitung so viele Zuschriften von Ortsgruppen des Bergarbeiterverbandes und von einzelnen Bergleuten eingehen, daß ihre Veröffentlichung durch den Raummangel nicht gestattet würde. Alle diese Resolutionen und Zuschriften erklären, daß die Bergarbeiter keine Arbeitszeitverlängerung und keinen Lohnabbau hinnehmen werden. Die Kompromißvorschläge der rechten Führer Hodges und Varley werden aufs schärfste verurteilt. Der Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes wird aufgefordert, unbedingt fest zu bleiben **und kein Kompromiß abzuschließen.**

Inzwischen geht die englische Regierung daran, den Grundsatz von der Gesetzwidrigkeit des Generalstreikes durch die Gerichte bekräftigen zu lassen. In Gloucester fand ein Prozeß gegen die Mitglieder des örtlichen Komitees statt, das den Generalstreik geleitet hatte. Die Angeklagten wurden beschuldigt, daß sie Maßregeln ergriffen hätten, um die „Lebensmittelversorgung der Stadt“ zu stören! Die angeklagten Gewerkschaftsmitglieder betonten, daß sie weiter nichts getan haben, als daß sie gemäß den **Weisungen ihrer Gewerkschaften** handelten. Das Gericht verurteilte den Sekretär des Transportarbeiterverbandes von Gloucester, **Shepherd, zu zwei Monaten** Zwangsarbeit, drei andere Arbeiter, die mit Shepherd zusammen das Streikkomitee gebildet hatten, zu je einem Monat Zwangsarbeit. Die Gewerkschaften erklären, daß sie gegen dieses hochbedeutsame Urteil Berufung einlegen würden. Ueber weitere Schritte gegen die Klassenjustiz von seiten des Generalrates der englischen Gewerkschaften hört man aber nichts.

Unverbindliche Verhandlungen im englischen Streik

London, 8. Juni.

Heute nachmittag hat eine Zusammenkunft zwischen vier Vertretern **des Bergarbeiterverbandes und vier** Vertretern der Bergwerksbesitzer **stattgefunden, die zu einer zwanglosen** Aussprache über **die Lage bestimmt war. Die Bergarbeitervertreter** waren lediglich **bevollmächtigt, Vorschläge in Empfang zu nehmen,** diese Vorschläge **sollen dann dem Vollzugsausschuß des** Bergarbeiterverbandes **unterbreitet werden, der sich dann, wenn möglich,** für eine Wiederaufnahme **der Verhandlungen entscheiden wird.**

*

Gleichzeitig mit dieser Meldung veröffentlicht das WTB. eine Erklärung der Führer des Bergarbeiterverbandes, nach der die Führer des Bergarbeiterverbandes bereit sein sollen, unter den Bergarbeitern eine Abstimmung herbeizuführen, ob die Bergarbeiter bereit seien, **einer verlängerten** Arbeitszeit bzw. einer **Lohnverminderung zuzustimmen.** Diese Meldung ist insofern mit einem großen Fragezeichen zu versehen, als es sich bei solchen Vorschlägen mehr oder weniger um die Meinung des auf dem reformistischen Flügel der Gewerkschaftsbewegung stehenden Bergarbeiterführers Hodges handeln wird, der bekanntlich ähnliche Vorschläge zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks bereits gemacht hat.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die alten „Akademiker“ auf dem Posten. Der Bund alter Akademiker Hannover und Umgebung hat zum Fall Lessing folgende Entschließung gefaßt: „Der Bund alter Akademiker Hannover und Umgebung spricht der Studentenschaft der Technischen Hochschule, die mannhaft für deutsche akademische Freiheit und Rechte des deutschen Volkstums eintritt, seine Anerkennung aus. Die alten Akademiker begrüßen in Sonderheit die feste Haltung der studentischen Jugend und wissen sich eins mit ihrer kraftvollen Bekundung akademischer Gesinnung.“ — Diese Meldung des WTB. wird kein Auge trocken finden. Das ist alter deutscher Ton wie er leibt und lebt.

Der ewige Schnorrer. Der Bau des Nordpol-Zeppelin ist durch die Entdeckung des Nordpols durch „Ausländer“ überflüssig geworden. Es wird nunmehr schwer, die Notwendigkeit einer neuen Sammlung der breiten Oeffentlichkeit plausibel zu machen. Eckener versucht dies durch ein Interview, das die bürgerliche Presse veröffentlicht. Er meint, auch der Bau eines Handelsluftschiffes müsse durch Sammlungen finanziert werden. Nun ist's aber genug mit der Unverschämtheit. Das deutsche Volk ist nicht dazu da, das faschistische Reklamebureau des Herrn Eckener zu finanzieren.

Meyerholds Gastspiel in Berlin ist nunmehr für April kommenden Jahres bestimmt in Aussicht genommen. Meyerhold, der führende russische Bühnenleiter, weilte bei seiner Rückfahrt von Paris nur eine Stunde in Berlin und beauftragte die Freunde des neuen Rußlands mit der Vorbereitung des Gastspiels, für das in erster Reihe das Große Schauspielhaus schon wegen seiner räumlichen Ausdehnung in Frage kommt. Anschließend ist ein Gastspiel in Hamburg und Frankfurt am Main geplant, für Mai liegt eine Einladung des Theaters der Champs Elysées in Paris vor, die bereits fest angenommen wurde.

Das neue polnische Kabinett. Ministerpräsident Bartel hat in später Nachtstunde die Neubildung des Kabinetts beendet. Im wesentlichen zeigt das neue Kabinett dieselbe Zusammensetzung wie das alte. Nur das Handels- und das Finanzministerium sind neu besetzt worden.

Tschechische Faschistenkrawalle. Gestern kam es in Prerau (Mähren) zu großen antifaschistischen Kundgebungen und anschließend zu Zusammenstößen mit den Faschisten. 8 Personen wurden schwer verletzt. Die Stimmung der Bevölkerung gegen die Faschisten ist äußerst erregt.

Das neue ägyptische Kabinett. Das von England Aegypten aufoktroyierte Kabinett Adly Paschas ist endgültig gebildet worden. Das neue ägyptische Kabinett wird am 10. Juni nach Einberufung des Parlaments vorgestellt werden.

Mossulvertrag ratifiziert. Der Mossulvertrag ist von der Nationalversammlung in Angora ratifiziert worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260609-12/fragment/page=0002

eue wirtschaftliche Fortschritte der Sowjetunion

Von L. F. Winow (Moskau).

ährend schon der Monat März 1926 eine gewisse Abschwächung schiedener Symptome der im Herbst vorigen Jahres eingetretenen schaftlichen Schwierigkeiten aufwies, zeigen die vor einigen en veröffentlichten Statistiken der **Planwirtschaftskommission** die **Wirtschaftsentwicklung** der Sowjetunion im Monat April die bisher bekannten Daten der Entwicklung in den ersten wochen eine **ganz entschiedene Besserung** auf fast allen Gebieten. erung nicht nur im Sinne der absoluten Produktionssteigerung denn diese wurde nicht einmal zu jener Zeit aufgehalten, als die wierigkeiten ihren Höhepunkt erreicht hatten —, sondern auch dem Sinne, daß gerade in jenen Faktoren, deren Lage für die wierigkeiten bestimmend war, eine entschieden günstige Wendung getreten ist.

Die Erfolge der Maßnahmen der Partei und der Sowjetregierung Aufhalten der Teuerung, bzw. zum Preisabbau, der Maßmen zur Festigung der Valuta, der Maßnahmen zur Verminde- der Produktionskosten lassen sich bereits in handgreiflichen len feststellen.

er wichtigste Faktor der Ueberwindung des Warenhungers und Grundlage des sozialistischen Aufbaues ist und bleibt natürlich Steigerung der **Produktion** der Staatsindustrie. **Die Produktion** staatlichen **Großindustrie** im April betrug 823,9 Millionen densrubel (657,5 Millionen Goldrubel zu heutigem Preise), gegenüber der Märzproduktion von 312 Millionen eine steigerung von 3,26 Prozent darstellt. Dies entspricht einer steigerung von über 39 Prozent. Gegenüber April 1925 gt aber die Steigerung bedeutend mehr, und zwar zu Friedens- en berechnet, 50 Prozent, in Goldrubeln berechnet, 59 Prozent.

ichtig ist die verhältnismäßig starke **Erhöhung der Arbeits**duktivität. Die durchschnittliche Monatsproduktion eines iters betrug im April 167 Friedensrubel bzw. 339 Goldrubel nüber **161 (324) Rubeln** im März, zeigt also eine Erhöhung 4 (5) Prozent, während der gleiche Monat des vorigen Jahres Rückgang von 3 Prozent **aufgewiesen** hatte.

s die einzelnen Industriezweige anbelangt, so nehmen fast an der allgemeinen Produktionssteigerung teil. Einen vorüberden Rückgang zeigen nur die Kohlenproduktion (4 Prozent) darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil der Kohlenarbeiter Erledigung dringender landwirtschaftlicher Arbeiten beurlaubt , und die Martinsstahlproduktion (4,5 Prozent) infolge der endigkeit umfangreicher Reparationsarbeiten an mehreren

e allgemeine Produktionssteigerung ist bereits in der Sowjet- zu einer fast „schablonenmäßigen" Erscheinung geworden. ergeht kein Monat, der nicht eine solche Steigerung der Inproduktion bringen würde, wie sie der Vorkriegskapitalismus, noch gesund war, in **einem** Jahre schwer erreicht hatte. ders charakteristisch für die Entwicklung der Wirtschaft der union sind folgende Tatsachen:

e geringe **Preisrückgang der landwirtschaftlichen Produkte** im März, worüber wir seinerzeit berichtet haben, war keine ige Schwankung in der Erhöhungstendenz der früheren , sondern der Anfang einer günstigen Wendung. Die Beungspreise von April zeigen gegenüber den Märzpreisen in tigsten Getreidesorten einen weiteren, und zwar verhältnis- beträchtlichen Rückgang:

	März	April
	Beschaffungspreise in Rubel pro Pud	
Roggen	1,06	1,00
Weizen	1,30	1,27
Hafer	1,06	0,91
Gerste	0,71	0,64

e Durchschnittsrückgang der Großhandelspreise für Mehl und früchte beträgt 4,2 Prozent, für Getreide 2 Prozent. Diese kung ist im Mai noch rascher geworden. Der Rückgang in sten zehn **Maitagen** beträgt für Getreide weitere 3,8 Prozent, und Hülsenfrüchte 1,1 Prozent.

e Getreidebeschaffung zeigt gleichfalls ein äußerst günstiges Die Aprilzahlen: 36,5 Millionen Pud, erreichen wohl nicht ordleistung vom Februar, was mit der Jahreszeit zuhängt, sie übersteigen aber die Leistung von April vorigen um rund **150 Prozent**. Günstig ist der im Vergleich zu den Monaten dieses Wirtschaftsjahres größte Anteil des an der beschaffenen Getreidemenge: **44,6** Prozent gegen- 1 Prozent im März.

e günstige Entwicklung der landwirtschaftlichen Großhandels- wurde von den Kleinhandelspreisen und den Industriepreisen nicht eingeholt, letztere zeigten sogar im April noch eine weitere Steigerung (im Großhandel 1,1 Prozent, im Kleinhandel rozent); aber die ersten Maitage zeigen bereits seit langer zum erstenmal einen **Rückgang der allgemeinen Lebens**kosten um 1,3 Prozent.

anderer wichtiger Faktor der Festigung des inneren Wertes Valuta ist die fortschreitende **Gesundung der Geldzirkulation.** umlaufende Geldmenge betrug am 1. April 1 204 200 000 Rubel. t bis Ende April allerdings auf 1 222 800 000 Rubel (unge- 1½ Prozent) gestiegen, in der gleichen Zeit aber hat der umsatz auf der Moskauer Börse um volle 12 Prozent, auf den börsen sogar um volle 14 Prozent zugenommen. In den zehn Maitagen nahm die zirkulierende Geldmenge auch abso- und betrug am 11. Mai nur 1 181 100 000 Rubel.

e begründet und zeitgemäß die Organisierung der **Ersparungs**gne gewesen ist, das zeigen die bisher erzielten Ergebnisse. die getroffenen Sparmaßnahmen wird im Halbjahr April eptember die Ersparnis des Textilsyndikats allein (bei gleichbender Arbeitsleistung) 3 055 000 Rubel, die Gesamtersparnis rusts und Syndikate während der gleichen Periode 23 741 498 (etwa 50 Millionen Mark) betragen. Das zeigt also, daß die tigung der überflüssigen unnützen Ausgaben zu einer neuen Quelle der Akkumulation, der Erweiterung der Produktion den ist.

e Sparmaßnahmen haben den **Arbeitslohn** keineswegs betrof-. Der durchschnittliche Nominallohn zeigt im April eine Er- von 53,3 auf 55,2 Rubel (um 3,5 Prozent), was die Er- der Lebenshaltungskosten im April reichlich aufwiegt.

e Ergebnisse der **letzten Wochen** sind also:

fhaltsame Erhöhung der Industrieproduktion; Ueberwin- der Inflationserscheinungen; Ueberwindung der Teuerung fortschreitende Gesundung der Geldzirkulation; bedeutende rung der Arbeitsproduktivität; Fortschritte der Sparmaßen und der Nationalisierung der Produktion usw. Nicht über- en sind bisher die ungesunden Erscheinungen der wachsenden schläge im Kleinhandel, d. h. die allzu große „Schere" zwi- Groß- und Kleinhandelspreisen. Hierauf ist gegenwärtig ein r Teil der Aufmerksamkeit der Wirtschaftsbehörden gerichtet, ollkommen gesunder Zustand kann hier aber erst nach Ueberng des Warenhungers geschaffen werden.

e Fortschritte bedeuten natürlich nicht, daß alle Schwierig-, die mit dem Mißverhältnisse zwischen Landwirtschaft und rie, mit dem Warenhunger usw. zusammenhängen, bereits überwunden sind. Die die sozialistische Aufbauarbeit am n störenden Schwierigkeitserscheinungen des Winters sind m großen Teil bereits überwunden. Diese Tatsache und die Weise der Ueberwindung zeigen, wie verhältnismäßig leicht unde Körper der jungen proletarischen Wirtschaft seine undlichen Krankheiten überwindet, und zwar nicht, wie die den" kapitalistischen Länder, auf Kosten, sondern **zugunsten arbeitenden Bevölkerung.**

Die wahren Schuldigen an dem Grubenunglück bei Bruckdorf

Vernachlässigte Sicherheitsmaßnahmen — Antreibesystem und Rationalisierung

Wie die Werksleitung Arbeitskräfte spart

Ueber Umfang und Ursache der gestern von uns gemeldeten Katastrophe auf der Grube Alwine teilt uns unser Berichterstatter mit:

Am Orte der Katastrophe angekommen, bot sich mir ein grauenhaftes Bild der Zerstörungsmacht der Naturgewalten. **Die Braunkohlengrube, welche in einem Tal von ungeheurem Umfange** liegt, **war ein einziges Schlammbett.** An den tiefer liegenden Stellen hatten sich riesige Wasserlöcher gebildet, auf denen im wüsten Durcheinander Grubenholz und andere Hilfsmaterialien schwammen. Die Kohlenflöze, welche normal 10 bis 14 Meter frei in die Tiefe hinabgehen, lagen nur noch etwa 1 bis 4 Meter über dem Wasser- bzw. Schlammspiegel. Mehrere Kräne waren den Elementen zum Opfer gefallen und ragten nur noch wenig an die Oberfläche empor. Der Zugang zu den Förderschichten ist völlig versperrt, damit liegen auch fünf Motorstationen mit zirka 10 bis 12 Motoren unter dem Schlamm begraben.

Trotz eifrigen Suchens war es nicht möglich, eine leitende Persönlichkeit des Unternehmers über Ursache und Umfang der Katastrophe zu befragen. Ein Schachtmeister oder Kolonnenführer erklärte mir, wohl instande zu sein, interessante Aufschlüsse über den Ursprung des Dammbruchs geben zu können,

aber er wolle sich nicht in Konflikt mit der Direktion des Werkes setzen. Dieselbe Auskunft gab mir ein sogenannter Werkspolizist.

War es von dieser Seite unmöglich, irgendwelche Aufschlüsse zu erlangen, so boten sich mir bereitwilligst mehrere langjährig auf dem Werke beschäftigte Arbeiter zur Auskunfterteilung an. Diese Arbeiter erklärten:

Die Meldung der bürgerlichen Presse, wie auch die amtliche Darstellung, welche den wolkenbruchartigen Regen allein als Ursache der Katastrophe ansehen, entsprechen nicht den Tatsachen. **Schon in der vorigen Woche vernichtete ein Teil des Dammes, auf welchem die Gleise für eine Planiermaschine gelegt waren.** Trotz dieses drohenden Anzeichens unternahm die Werkleitung nichts, um durch Verstärkung des ganzen Dammes einem weiteren Rutschen Einhalt zu gebieten. Die wahre Ursache ist allein in dem unvorschriftsmäßigen „Bruchschlagen" abgebauter Strecken zu suchen. Solche abgebauten Strecken sollen mit Sand angefüllt werden. Infolge des auf dem Werke herrschenden Antreibesystems wurde diese Anfüllung nur sehr mangelhaft und oberflächlich vorgenommen. Einige Kippen Sand genügten im allgemeinen, um den Hohlraum auszufüllen. Wenn nun nach der Anfüllung die Grubenstempel abgebrochen werden, entstehen in den nicht vorschriftsmäßig ausgebauten Strecken Hohlräume, welche sich allmählich mit Grundwasser füllen. Diese Wasser unterspülen allmählich die äußere Erdrinde, lösen immer größere Erdmassen von der Erdrinde los und gelangen so allmählich an die Erdoberfläche. Wenn von einem Einfluß wolkenbruchartigen Regens gesprochen werden kann, so nur in dem Sinne, daß derselbe lediglich eine Beschleunigung der ohnehin unvermeidlichen Katastrophe gebracht hat. Der Werksleitung waren diese Dinge wohl bekannt, sie mußte wissen, daß Grundwasser vorhanden waren, denn **schon zweimal ist eine, wenn auch nicht so große, Ueberschwemmung der Grube bzw. eines Teils derselben zu verzeichnen gewesen.** Das wirsamste Schutzmittel gegen einen Ausbruch des Grundwassers wäre die umfassendste Verstärkung der Schutzdämme gewesen. Das geschah jedoch nicht, sondern man benutzte im allgemeinen den größten Teil des zum Auffüllen des Dammes zur Verfügung stehenden Sandes, um damit noch Extrageschäfte zu machen. Dieser Sand wurde nämlich an die Baufirma Reckmann verkauft.

Die jetzige Katastrophe ist deshalb besonders schwer, weil nicht nur Wassermengen in den Tagebau gelangt sind, sondern dieses Wasser hat ungeheure Massen von Schlamm (Ton und Sand) mit sich gerissen. Während ein Auspumpen des Wassers in kurzer Zeit möglich wäre, bedarf es zur Freilegung des Tagebaues von diesem Schlamm einer viel längeren Zeit, vielleicht ein Vierteljahr und noch mehr. Durch ihr unverantwortliches Handeln hat die Werksleitung eine ungeheure Schuld auf sich geladen, es ist als ein reines Wunder zu bezeichnen, daß keine Menschenleben zugrunde gingen.

Die letzte Ursache dieser **Katastrophe liegt, wie** schon angeführt, in der ungeheuren Ausbeutung der Arbeiter durch die Werksleitung. Die Direktion versucht an allen Ecken und Enden zu sparen. Arbeiter werden entlassen ohne Rücksicht darauf, daß ein ordnungsgemäßer Abraum vorgenommen wird. Die wenigen Arbeiter, welche noch vorhanden sind, müssen durch

Ueberschichten und Mehrarbeit

das riesige Arbeitspensum bewältigen. Es ist keine Seltenheit, daß Arbeiter 48 Stunden ohne Unterbrechung auf dem Werk ihrer Tätigkeit nachgehen. Drückt man auf diese Weise die Arbeiter in ihren Arbeitsbedingungen auf das Los eines schäbigen Kulis herab, so tut auf der anderen Seite das sogenannte höhere technische Personal nichts, um seine geistigen Kräfte zur Förderung der Sicherheit des Werkes auszuwerten. Vielmehr werden diese geistigen Kräfte, wie allgemein bekannt ist, in

Saufgelagen mit den Stahlhelmern

„gestählt". Allein auf diese Ausbeutung in Verbindung mit der **Züchtung eines gelben Werksspitzeltums** und der Aufpäppelung eines Stahlhelmvereins ist der angerichtete Millionenschaden zurückzuführen.

Worauf die obige Auskunft erteilenden Arbeiter gespannt waren, ist, inwieweit die Bergpolizei die Grubenverwaltung für den angerichteten Schaden zur Verantwortung ziehen wird. Vergeht sich ein Prolet einmal gegen die bergpolizeilichen Vorschriften, so ist man sofort mit einer Strafe bei der Hand. Den Grubengewaltigen natürlich wird kein Haar gekrümmt werden, allein schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der Bergpolizisten nicht über die genügenden Kenntnisse zur Ergründung der wirklichen Ursachen der Katastrophe verfügt. Die betreffenden Arbeiter betonten des weiteren, daß, wenn schon Bergpolizisten bzw. Grubenkontrolleure eingestellt werden sollen, diese unbedingt aus den Kreisen der mit allen Einzelheiten des Betriebes vertrauten Arbeiter genommen werden müßten.

•

Soweit die Aussagen der langjährigen Arbeiter der Grube Alwine. Kurz und knapp waren die Angaben über die technischen Ursachen der Katastrophe. Klar und eindeutig erkannten diese Arbeiter auch, daß die maßlose kapitalistische Ausbeutung die Profitgier der Unternehmer die letzte Ursache solcher Unglücke ist. Rücksichtslos setzen die Grubengewaltigen das Leben ihrer Arbeiter auf das Spiel, um nur eine noch weitere Steigerung ihrer Gewinne zu erreichen.

Was müssen die Grubenarbeiter jedoch tun, um eine Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, die zu immer neuen Unglücksfällen führt, zu erreichen? Ueber die Erkenntnis der Dinge hinaus und durch diese Erkenntnis muß der Kampfwille der Arbeiterschaft eine ungeheure Belebung erfahren. Mit der stillschweigenden Duldung der unerträglichen Ausbeutung ist nichts erreicht, die Arbeiter müssen sich in der roten Klassenfront zusammenschließen und den Kampf gegen die Grubengewaltigen aufnehmen.

Vom Bergarbeiterverband muß verlangt werden, daß er seine ganzen Kräfte restlos zur Aufklärung der Katastrophe einsetzt und darüber hinaus entsprechende Abwehrmaßnahmen zur Verhinderung einer weiteren menschenunwürdigen und Menschenleben gefährdenden Ausbeutung trifft.

★

Weitere Beweise für die Schuld der Werksleitung

In Ergänzung unseres Berichts wird uns von anderer Seite mitgeteilt:

Die bürgerliche Presse sowohl als auch amtliche Stellen suchen die Schuld an dem Dammbruch auf der Grube Alwine allein in dem wolkenbruchartigen Regen, der am 7. Juni niederging. Die Darstellung ist nicht zutreffend, zumindest ist der Wolkenbruch nicht die letzte Ursache. Der Werksleitung muß bekannt sein, daß sich in der Ecke der Grube, wo die Kippmaschine stand, ein Quell befindet. Dieses Wasser hat sich in dem abgebauten Schacht gebildet und ist schon des öfteren zum Durchbruch gekommen. Ausgerechnet an dieser Stelle stellt man die Kippmaschine auf. Die Kippmaschine hat den Zweck, mit mechanischer Kraft immer weitere Sandmassen zur Verstärkung des Schutzdammes aufzuwerfen. Dieses geht in der Weise vor sich, daß der Sand bzw. Ton, mit Wasser, und zwar sehr reichlich, untermischt, den Abhang hinuntergekippt wird. Also von unten nagt die Quelle an der Erdrinde und von oben wäscht das Wasser aus der Kippmaschine an derselben Stelle den Sand weg und erleichtert so dem Quell einen Durchbruch. Dieser Wasserdruck von unten und das reichliche Hinzukommen des Wassers aus der Kippmaschine brachten dann die Schlammassen in immer schnellere Bewegung in Richtung des Dammes, so daß der Durchbruch erfolgen mußte. Aber es müssen ja Arbeitskräfte gespart werden, deshalb läßt man den Sand nicht mit Loren anfahren und dann mit Schaufeln den Abhang hinabwerfen, sondern benutzt dazu die famose „Wasserspülung". Auch der Quell hätte schon längst unschädlich gemacht werden können, wenn die Werksleitung einen Brunnen hätte graben lassen und bei nicht genügendem Druck des Wassers Pumpen aufgestellt hätte.

Daß die Werksleitung schon mit einem Unglück rechnete, geht daraus hervor, daß am Sonntag, dem 6. Juni, das Gelände untersucht wurde. Glücklicherweise ist der Dammbruch an einer Stelle erfolgt, die in der Schachteinfahrt entgegengesetzten Richtung liegt. So konnten sich die Arbeiter, wenn auch nur im letzten Augenblick noch, in Sicherheit bringen.

Von den Entlassungen sollen bisher zirka 50 Arbeiter betroffen sein.

Reichskonferenz der JAH.

In einer besonderen Konferenz der Sekretäre der JAH. am Sonntag, dem 6. Juni, in Berlin wurden die bisherigen Arbeiten und die nächsten Aufgaben der Organisation besprochen. Der große Streik in England und für Deutschland die Fürstenenteignungsfrage traten dabei aus dem Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen sozialen Geschehnisse als Hauptpunkte heraus. Nicht als Episoden ohne Konsequenzen, sondern als Ausgangspunkte einer Entwicklung, deren Tempo und Erfolge für die Arbeiterschaft von dem Erstarken der Einheitsfrontbewegung abhängig ist. Dieser Gedanke kam in dem einleitenden Referat des Generalsekretärs der JAH., Reichstagsabgeordneten Münzenberg, scharf umrissen zur Geltung: **Die relative Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft, vom nationalen und internationalen Markt aus betrachtet, geht zu Ende.** Die Arbeitslosigkeit großen Stils wird Dauererscheinung, speziell in Deutschland. Ereignisse, wie jetzt in England, werden sich wiederholen. Bei aller Anerkennung der verschiedenen Sektionen der JAH. müsse doch konstatiert werden, so hob Münzenberg stark betont hervor, daß einzelne Sektionen doch nicht vollständig auf der Höhe gestanden hätten. Auch die JAH. in England habe die notwendige Aktivität vermissen lassen. Amerika arbeitet organisatorisch viel zu langsam. Zu rühmen sei die Regsamkeit der **JAH. in der Tschechoslowakei** und das Ergebnis ihrer Sammlungen für die englischen Bergarbeiter. Auch **Oesterreichs Leistung** sei unter Berücksichtigung seiner Lage anzuerkennen. Besonders lebhaft hatte sich die **Propaganda in Frankreich** gestaltet. Auch Deutschland schneide in der Kritik ganz gut ab, denn mit ihrem Sammelergebnis (50 000 Goldmark) stelle hier die JAH. den **ADGB. beträchtlich in den Schatten.** Ganz unvergleichlich seien die **Leistungen der russischen Gewerkschaften, die restlos der JAH. korporativ angeschlossen seien.** Durch reine Sammeltätigkeit hätten die russischen Gewerkschaften bisher **6½ Millionen Goldmark aufgebracht.** Auch die Tätigkeit der holländischen und belgischen Sektionen verdiene Anerkennung. In Belgien habe die JAH. besonders durch ihre schnelle Hilfsaktion aus Anlaß der Ueberschwemmungskatastrophe große Popularität erlangt. Dagegen erweise sich Skandinavien bisher als spröder Boden für die JAH.-Arbeit. Die Kampagne für **die Unterstützung der englischen Bergarbeiter müsse selbstverständlich weitergeführt werden.** Die JAH. habe ihre Existenzberechtigung schon erwiesen. **Die kommenden Ereignisse machen sie zu einer unbedingten Notwendigkeit. Die vorhandenen Mängel** seien schleunigst zu beseitigen, damit die Organisation von keinem Ereignis mehr überrascht werden könne.

In Deutschland müsse die JAH. jetzt die **Kuczinski-Ausschüsse** in der **Fürstenkampagne tatkräftig unterstützen. Wo keine Kuczinski-Ausschüsse bestünden, sei es Aufgabe der JAH.-Gruppen, selbstständig die Propaganda in der Fürstenenteignungskampagne aufzunehmen und durchzuführen.** Nicht vergessen werden dürfe die Aufklärungsarbeit über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Rußland, wo das Prinzip vorherrsche, die Arbeiterschaft zum vollständigen Herrn der Produktionsmittel zu machen, während in den kapitalistischen Ländern besonders scharf die Tendenz heraustrete, die Werktätigen vollständig zu versklaven.

In der Diskussion traten Meinungsverschiedenheiten über die allgemeinen Gesichtspunkte nicht zutage. Große Erfolge erwartet man von der durch die JAH. aufgenommene **sozialpolitische Tätigkeit**, die durch **Bildung sozialpolitischer Ausschüsse** fruchtbar gemacht werden müsse. Die Anregungen der Genossin Luther, die über diesen Punkt referierte, fanden Zustimmung und Ergänzung.

Reichssekretär Dünninghaus erörterte die unmittelbar bevorstehenden praktischen und sozialpolitischen Arbeiten, sowie die damit im Zusammenhang stehenden organisatorischen Fragen.

Neues vom Tage

Hochwasserkatastrophe an der oberen Donau

Augsburg, 8. Juni. Durch die andauernden Regengüsse der letzten Woche hat die stark angeschwollene Donau den Hochwasserschutzdamm an mehreren Stellen durchbrochen und weite Strecken des umliegenden Geländes überschwemmt. Zahlreiche Gehöfte stehen unter Wasser. Die Getreide- und Heuernte von mehreren tausend Tagwerk wurde vernichtet. In Wertingen stehen die Straßen der Stadt unter Wasser. Die Bevölkerung flüchtete in die oberen Stockwerke. Das Hochwasser hat hier ungeheuren Schaden in den Feldern und Wäldern angerichtet. In Donauried hat das Hochwasser ebenfalls schrecklich gewüstet. Das Hochwasser der Donau hat in Lauingen, Höchstedt und Gundelfingen die Gemarkungen überschwemmt und ist in die Häuser eingedrungen.

Schwere Unwetter

Elberfeld, 8. Juni. Gestern abend zwischen 8 und 11 Uhr gingen über dem Wupper-, Ruhr- und Rheintal mehrere besonders schwere Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen nieder, richteten jedoch keinen größeren Schaden an.

Vier Kriminalbeamte wegen Einbruchsdiebstahls und Kokainschiebungen verurteilt

Hamburg, 8. Juni. Zwei Kriminalbeamte, die sich durch Einbrüche größere Mengen Kokain, Heroin und Morphium, insgesamt 75 Kilogr., verschafft hatten, erhielten Zuchthausstrafen von zwei bzw. vier Jahren. Zwei weitere Kriminalbeamte und fünf andere Beteiligte Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu 2½ Jahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260609-12/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 8 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dieskau. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Frenzel. Thema: Volksentscheid.
Dieskau. Oeffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel am Donnerstag, 10 Juni, abends 8 Uhr. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Büschdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Modler. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Härtel, Halle.
Dieslau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, unter freiem Himmel. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Vogel, Halle.
Seenewitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Adler". Alle Genossen haben zu erscheinen.
Sennewitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Adler". Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Mötzlich. Oeffentliche Einwohnerversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Maye. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Härtel, Halle.
Seeben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Papitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Modelwitz. Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Krüger, Halle.
Schkeuditz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Bahnhofshotel. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Berger, Halle.
Lützen. Mitgliederversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr. Jeder Genosse hat zu erscheinen.
Dürrenberg. Mitgliederversammlung am Freitag, 11. Juni, abends ½9 Uhr, bei Mennicke. Kein Genosse darf fehlen.
Merseburg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Thema: Volksentscheid. Vorher Demonstration. 7 Uhr Antreten auf dem Roßmarkt. Alle Frauen sind besonders eingeladen. Referent der BL. ist anwesend.
Bischdorf-Reinsdorf-Clobicau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Weber, Bischdorf. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Artern. Mitgliederversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Goethe-Haus". Tagesordnung: Organisierung der Arbeiten zum Volksentscheid. Die Genossen von den Orten Heldrungen, Kalbsrieth, Reinsdorf, Gehofen und Voigtstedt haben bestimmt zwei Vertreter zu entsenden. Der Arbeitsgebietsleiter.
Heldrungen. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Thema: Volksentscheid. Referent der BL. ist anwesend.
Wansleben. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent der BL.
Oberheldrungen. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kilian.
Wolferode. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Anker". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lessig, Eisleben.
Walbeck. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Sachs, Halle.
Arnstedt. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der BL. ist anwesend.
Zappendorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Rabe, Zappendorf. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Rottleberode. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Julius Hoffmann. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Helbra. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Sonne". Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Lehnert, Halle.
Riestedt. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12 Juni, abends 8 Uhr, im „Krummschlößchen". Thema: Volksentscheid. Ref. Genosse Lademann, Halle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Alt-Jeßnitz. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Nitzsche, Greppin.
Thalheim. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse H. Müller, Bitterfeld.
Salzfurth-Kapelle. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Hady, Ramsin.
Rauhausen. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Rödel, Bitterfeld.
Ostrau. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Hady, Ramsin.
Spören. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid.
Priorau. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Nitzsche, Greppin.
Schierau. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Sühmilch, Friedersdorf.
Möst. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Eckert, Bitterfeld.
Zschernndorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Rauchfuß, Bitterfeld.
Brehna. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der „Erholung". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.
Tannepöls-Heideloh-Zöberitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Tannepöls. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kunert, Wolfen.
Bobbau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Rödel, Bitterfeld.
Ramsin. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Petermann, Bitterfeld.
Jedenburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Sühmilch, Friedersdorf.
Wolfen. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, im Gasthof Heese. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Beiersdorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Troitzsch, Brehna.
Schwemsal. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Rödel, Bitterfeld.
Golpa. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Müller, Bitterfeld.
Möhlau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Petermann, Bitterfeld.
Zschornewitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Berger, Halle.
Burgkemnitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12 Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Sühmilch, Bitterfeld.
Reuden b. Wolfen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Schlemmer. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Kunert, Wolfen.
Petersroda. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Rauchfuß, Bitterfeld.

Unterbezirk Delitzsch

Doberschütz. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Sprotta. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Selben. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Michaelis, Eilenburg.
Delitzsch. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Frieda Koenen, Merseburg.
Battaune. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Paschwitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Zwochau. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Barth. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Höpping, Gleßen.
Pehritzsch. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der UBL.
Gruna. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der BL. ist anwesend.
Wölkau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Zschepplin. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Gleßen-Ennewitz-Kockwitz-Schweditz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Rauhe, Gleßen. Thema: Volksentscheid. Referent von der BL. ist anwesend.
Freiroda. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Klaus. Thema: Volksentscheid. Referent der BL. ist anwesend.
Lemsel. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Baumgärtel, Delitzsch.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Haida. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Bröschen. Referent Genosse Haberland. Thema: Volksentscheid.
Reichenhain. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Ref. Genosse Naumann, Mühlberg.
Liebenwerda. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lademann, Halle.
Dommitzsch. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Roten Hirsch". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.
Wildenhain. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, bei Franke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.
Saathain. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Haberland, Sangerhausen.
Prieschka. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse G. Hirsch.
Torgau. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke". Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Frieda Lehmann, Halle.
Niederraudenhain. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Rothe. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Voigt.
Einsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.
Plessa. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Schwarze Elster". Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Kilian, Halle.
Kranichhütz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der „Weintraube". Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Winkel. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Voigt, Torgau.
Grünewalde. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Blumberg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, 8 Uhr, in Specks Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Hohenleipisch. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, in der „Weintraube". Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Naundorf b. Annaburg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Müller. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Bethau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Lutzmann. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Kirske, Torgau.
Kleinleipisch. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Lichtenburg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus". Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Frieda Lehmann, Halle.
Schildau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 6 Uhr, bei Heberac. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Sachsenburg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Biehla. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Engelmann. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.
Cröbeln. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Seeligmann. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Zeitz.
Prestewitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Mitsch. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Naumann, Mühlberg.
Rieska. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Voigt, Torgau.
Wahrenbrück. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Thema: Volksentscheid. Referent der UBL. ist anwesend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse König, Berlin.
Zeitz. Oeffentliche Frauenversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Frieda Lehmann, Halle.
Cölleda. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Post". Thema: Volksentscheid. Referent der BL. ist anwesend.
Muschwitz. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Krah. Thema: Volksentscheid. Ref. Genosse Lademann, Halle.
Kreischau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, bei P. Rödel. Thema: Volksentscheid. Referent der UBL. ist anwesend.
Draschwitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Unterwerschen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Hoffnung, Oberwerschen. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle. Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.
Das für den 19. und 20. Juni geplante Gautreffen in Artern wird wegen dem Volksentscheid auf den 26. und 27. Juni verlegt.

Untergau Halle-Saalkreis

Zu der am Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" stattfindenden Hoelzversammlung tritt die gesamte Ortsgruppe bezirksweise wie folgt an:
Bezirk 1 (Osten) 7 Uhr Roßplatz;
Bezirk 2 (Süden) ¾7 Uhr Johannesplatz;
Bezirk 3 (Westen) ¾7 Uhr Weingärtenplatz;
Bezirk 4 (Norden) Funktionäre 7 Uhr „Volkspark"; Mitglieder 7.30 Uhr Wettiner Platz;
Bezirk 5 (Zentrum) 7.15 Uhr Paradeplatz;
Jugendfront nicht bei den Bezirken, sondern 7 Uhr Friedrichsplatz;
Spielmannszug bei den Bezirken;
Kapelle 7.15 Uhr Friedrichsplatz.
Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Mitgliederversammlung. Alles hat restlos zu erscheinen.
Kapelle. Das für Mittwoch angesetzte Ueben fällt wegen der Mitgliederversammlung aus und findet am Donnerstag statt.
Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, 10. Juni, abends 7 Uhr, am Hettstedter Bahnhof Antreten zum Ueben.
Werbebezirk 5, Löbejün. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in Löbejün Vorstandssitzung. Alle Ortsgruppen des 5. Werbebezirks müssen vertreten sein.
Rietleben. Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sonne" Pflichtversammlung. Alles hat zu erscheinen.
Seeben. Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Ammendorf. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung.
Ammendorf. Sonntag, 13. Juni, um 1 Uhr mittags am „Dreierhaus" Antreten der gesamten Ortsgruppe zur Landpropaganda.

Jungfront

Alle Kameraden haben am Mittwoch, dem 9. Juni, restlos zur Mitgliederversammlung zu erscheinen.
Zur Teilnahme an der Hoelz-Versammlung tritt die JF. nicht bei den Bezirken, sondern um 7 Uhr auf dem Friedrichsplatz an.
Bezirk 3 (Westen). Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im „Zecher" Bezirkspflichtversammlung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Am Mittwoch, 9. Juni, und Donnerstag, 10. Juni, steht die gesamte Ortsgruppe mit Spielmannszug um 6.45 Uhr auf dem Roßmarkt zur Propagandafahrt.
Merseburg. Am Sonnabend 7 Uhr ist alles bereit zur Demonstration. Antreten auf dem Roßmarkt. Nachdem öffentliche Versammlung in der „Funkenburg".
Der zum Sonntag, 13. Juni, festgesetzte Rote Tag, verbunden mit Fahnenweihe der Roten Jungfront wird wegen den zu leistenden Vorarbeiten zum Volksentscheid verschoben. Der Termin der neuen Festsetzung wird noch bekanntgegeben.
Lützen. Freitag, 11. Juni, außerordentliche Generalversammlung. Jedes Mitglied hat zu erscheinen.
Werbebezirk Lützen-Dürrenberg-Goddula. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Grüner Hof" in Goddula Werbebezirksversammlung. Alle Ortsgruppen des Werbebezirks haben zu erscheinen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung.
Zahna. Jeden Freitagabend 8 Uhr Pflichtversammlung bei Haberland.

Untergau Bitterfeld

Donnerstag, 10. Juni, abends ½8 Uhr, im Bitterfelder „Gesellschaftshaus" findet eine Untergaukonferenz statt. Jede Ortsgruppe sowie die Werbebezirksführer müssen vertreten sein.

Untergau Delitzsch

Zschortau. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Sonntag Mitgliederversammlung. Aeußerst wichtige Tagesordnung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 9. Juni, Vollversammlung. Antreten 7 Uhr am Rosalienweg. Alles hat zu erscheinen.
Sonntag, 13. Juni, findet in Weißenfels eine Sitzung der Untergauleitung statt. Jede Ortsgruppe hat nur den 1. Vorsitzenden zu delegieren. Vertreter der Gauleitung anwesend. Lokal wird noch bekanntgegeben.
Teuchern. Sonntag, 13. Juni, vormittags 8 Uhr, pünktlich Antreten zum Ausmarsch. Rückkehr nachmittags 3 Uhr. Alles zur Stelle.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Gerbstedt. Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring" große Massenkundgebung. Thema: Heraus mit den politischen Gefangenen. Referent: die Frau des Genossen Max Hoelz.
Bruckdorf. Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Große, große Massenkundgebung. Thema: Heraus mit den politischen Gefangenen. Referent: die Frau des Genossen Max Hoelz.
Erdeborn. Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Halle. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Garten des „Volkspark" große Massenkundgebung: **„Amnestie und Volksentscheid."** Referent die Frau des Genossen Max Hoelz.
Piesteritz. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Klein-Wittenberg Amnestiekundgebung: „Heraus mit den proletarischen Gefangenen." Referent die Frau des Genossen Max Hoelz.
Wittenberg. Sonntag, 13. Juni, vormittags 11 Uhr, im Lokal Freudenberg große Massenkundgebung: „Amnestie und Volksentscheid." Referent die Frau des Genossen Max Hoelz.
Greppin. Sonntag, 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Lokal Schmidt große Massenkundgebung: „Amnestie und Volksentscheid." Referent die Frau des Genossen Max Hoelz.
Neumark-Bedra. Sonntag, 13. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Schumann große Massenkundgebung: „Amnestie und Volksentscheid." Referent die Frau des Genossen Max Hoelz.
Hettstedt und Umgegend. Sonntag, 13. Juni, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Gasthaus „Zur Erholung" (Paul Dürre, Burgörner-N.). Alle Funktionäre, auch die der angeschlossenen Vereine, müssen der Wichtigkeit halber erscheinen.
Roßbach. Sonntag, 13. Juni, mittags 2 Uhr, öffentliche Volksversammlung: Amnestie und Volksentscheid. Referent Genosse Karl Baumgärtel.
Bitterfeld. Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" große Massenkundgebung. Thema: Amnestie und Volksentscheid. Referent die Frau des Genossen Max Hoelz.
Querfurt. Dienstag, 15. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Thaldorf große Massenkundgebung. Thema: Amnestie und Volksentscheid.

Bund der Freunde der IAH.

Internationale Arbeiter-Hilfe
Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Weißenfels. Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung haben alle Einzel- und Korporativmitglieder unbedingt zu erscheinen.
Piesteritz. Donnerstag, 10. Juni, abends 7½ Uhr, im „Volksheim" (kleines Zimmer) **wichtige Mitgliederversammlung. Alle Einzel- sowie Korporativmitglieder müssen wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheinen.**

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Mitteilung der BL. Das ursprünglich für den 27. Juni vorgesehene Treffen der Jugendsektionen des DMV. in Thale ist auf den 15. August verschoben. (Näheres im „Jung-Leninist".)
Alle in den Gewerkschaften tätigen Jugendgenossen der Ortsgruppen Halle, Weißenfels, Zeitz, Teuchern, Wittenberg, Eisleben, Bitterfeld, Merseburg, Eilenburg nehmen an dem Gewerkschaftstag der Partei am 9. Juni teil. Jugendgenossen! Verstärkt unsere Gewerkschaftsarbeit!
BL. der KJVD. Halle-Merseburg.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Die Ortsgruppen des Unterbezirks beteiligen sich am 13. Juni am Roten Jugendtreffen in Eisleben. Die Vorbereitungen müsse sofort getroffen werden. Näheres wird noch bekannt gemacht.
Alle Ortsgruppen treffen ihre Vorbereitungen zur Fahnenweihe (Uebergabe der russischen Fahne) am 13. Juni.

An alle Mitglieder der Ortsgruppe Halle

Jugendgenossen! Am Sonntag, 13. Juni, findet in Eisleben ein Jugendtreffen, verbunden mit Uebergabe einer russischen Fahne, statt. Die hallische Jugendorganisation muß restlos an diesem Treffen teilnehmen.
Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Zurückfahrt 1,40 Mark. Abfahrt Sonntag vorm. 8 Uhr; Radfahrer treffen sich Sonntag vorm. ½6 Uhr (Hallmarkt). Laternen sind mitzubringen.
Anmeldungen werden bis Sonnabend im Jugendbureau entgegengenommen.
Mittwoch 7 bis 10 Uhr Spielen auf der Peißnitz.
Donnerstag General-Mitgliederversammlung ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen. Mitgliedskarte berechtigt zum Einlaß.
Donnerstag. Achtung! Maler sowie alle Genossen, welche gut zeichnen können, treffen sich 7 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.
Freitag. Teilnahme an der öffentlichen Versammlung der „Roten Hilfe" im „Volkspark".
Sonnabend, ½7 Uhr, Treffen der Gesamtmitgliedschaft am Hallmarkt zur Agitationstour. Radfahrer 6 Uhr Hallmarkt. Laternen sind mitzubringen.
Sonntag. Treffen zur Abfahrt nach Eisleben ½8 Uhr Hauptbahnhof. Radfahrer früh ½6 Uhr Hallmarkt. Laternen und Brotbeutel sind mitzubringen.
Ammendorf. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Post" ein Diskussionsabend statt. Alle Genossen haben vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Thema: „Unsere Arbeit im Juni." Referent Genosse Fritz.
Genossen! Rüstet zur Fahrt nach Eisleben am 13. Juni. Fahrgeld 1,50 Mark.
Modelwitz. 9. Juni Leseabend über Eugen Leviné.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. 10. Juni Jungarbeiterschule.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Jugendkundgebung.
Eisleben. Genossen, trefft alle Vorbereitungen zu unserem Jugendtreffen. Quartiere können noch in der Buchhandlung angemeldet werden.
Sonnabend. Roter Rummel und großer Werbeabend im „Volkshaus".

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Freitag, 11. Juni, Treffen zur Probe im Jugendheim.
Zeitz. Von jetzt an werden die Beiträge in den Gruppenabenden abgeliefert. In Zukunft beginnen unsere Veranstaltungen um ½8 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich hiernach richten.
Zeitz. Sonntag, 13. Juni, Landsonntag. Treffpunkt wird noch bekanntgegeben.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Heute abend 7 Uhr im „Gewerkschaftshaus" erweiterte Vorstandssitzung. Alles muß erscheinen. Die übrige Mitgliedschaft geht zur öffentlichen Versammlung.
Weißenfels. Donnerstag, 10. Juni, abends ½7 Uhr, am Jugendheim alle Radfahrer. Lampen mitbringen.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Mittwoch, 9. Juni, nachmittags 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung der Bezirke 2 und 3.
Spart für Eure Ferienwanderung. Einzahlungen bei dem Genossen Welter.
Ammendorf. Freitag, 11. Juni, ½5 Uhr, im Rest. „Zur Post" treffen sich sämtliche Pioniere zur Diskussion „Ueber die Trommel".
Alle Pioniere rüsten zur Fahrt nach Eisleben am 13. Juni (Fahrgeld 1,50 Mk.).

Stadt-Theater
Heute Mittwoch 8 Uhr:
„Mascottchen"
Donnerstag, 8 Uhr
Die Regimentstochter
kom. Op. v. Donizetti

Modernes Theater
Direktion Fürstenau
Der größte Erfolg 2:02 einer Kleinkunstbühne!
Gastspiel Dir. Frungettis Wiener Burlesken-Bühne
2½ Stunden herzlichen Lachens
Eintr. 0,50 bis 1,50
Donnerstag nach der Vorstellung
Der beliebte Gesellschafts-Tanz

Handarbeiten jd. Art | aus Streiberstr. 24 p. l.

Für die Bade- und Reisesaison 1926

Badehauben	von 0,50 an
Schwimmhelme	von 1,00 an
Schwimmkissen und -Gürtel	von 2,50 an
Wasserspielbälle	von 0,75 an
Reiserollen erstkl. Fabrik. schönst. Must. v.	3,00 an
Reisekissen desgl.	von 2,40 an
Schwammbeutel	von 0,30 an
Gummischwämme	von 0,50 an
Rudersitzkissen	Mark 2,00

Billig — Gummispielbälle — Billig
Hosenträger, gute Fabrikate
Zelluloidwaren für den Toilettetisch u. Reise
Excelsior-Gummikämme
Motto: Qualitätsware — Preiswert
C. Klappenpach & Co.
Große Ulrichstraße 41
Engros: Große Ulrichstraße 40, I. Etage

Solbad Wittekind
Donnerstag, den 10. Juni, ¾7 Uhr
Früh-Konzert
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz
Freitag, den 11. Juni, ¾7 Uhr
Sinfonische Morgenmusik
4 Uhr *2206
Nachmittags-Konzert
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz

-Walhalla-
Tel. 8385 Tel. 8385
Warum soll man denn nicht mal verliebt sein?
Rudolf Mälzer *2208
und
Anna Müller-Linde
lassen zu 8 Uhr in
Familie Knorke
bitten
— Tageskasse ab 11 Uhr —

Zoologischer Garten
Donnerstag, d. 10. Juni, nachm. 4 Uhr:
KONZERT
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Konzertmeister Witek
8 Uhr: *2207
ABEND-KONZERT
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz
Feuerwerk

Zehn pa. hannov. **Fatterschweine** billig zu verkaufen
Gebr. Kohlberg
Rannische Straße 19

Alle Bücher empfehlen die **Buchhandlungen**
Harz 42/44
Lerchenfeldstr. 14

Zeitzer Volkschor Konkordia-Waldhorn
(Mitgl. d. Deutsch. Arbeit.-Sängerbundes)
Leitung: Otto Trautmann 701
Freitag, 18. Juni, abds. 8 Uhr, im Garten d. „Preußischen Hof":
I. Sommer-Liederabend
bestehend in Männer-, Frauen-, Jugend- und Kinderchören, Männer-Soloquartetts u. gemischten Chören
Hierzu laden wir alle Gewerkschaftskollegen, Freunde u. Gönner des freien Gesanges freundlichst ein. **Der Vorstand**
Programme à 40 Pf. sind im Vorverkauf in der Volksbuchhandlung, Friseur Steffani, Klassenkampf-Buchhandlung, sowie in den Konsumverkaufsstellen zu haben. Für Erwerbslose an d. Kasse 20 ₰

Dienstag, den 8. Juni, vorm. 6¼ Uhr, entschlief sanft nach langer schwerer Krankheit mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel u. Großvater, der Bauarbeiter
Emil Gurland
im Alter von 46 Jahren
Halle a. d. S., den 8. Juni 1926
Die tieftrauernde Witwe
M. Gurland, geb. Kohl
nebst Kindern u. allen Angehörigen
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 10. Juni, mittags 2½ Uhr statt 2209

.. Jahrg. — Nr. 133 Beilage Halle, 9. Juni 1926

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 2 – Mittwoch, den 9. Juni 1926

Konzentration und „Nationalisierung" in der chemischen Industrie

Leuna — Piesteritz

Phosphorgewinnung auf elektrischem Wege

A.F. Wir berichteten schon kurz über die Verpachtung der **Piesteritzer Stickstoffwerke** an die **Bayrische Stickstoffwerke A.-G.**, die mit der **J.G. Farbenindustrie** gemeinsam die Umstellung der Produktion in Piesteritz vornehmen wird. Das Piesteritzer Werk bildete bisher das Eigentum des Staates, formell der **A.-G. Mitteldeutsche Stickstoffwerke.** Das Werk, das bilanzmäßig 24 Millionen Mark Anlagewert und 10 Millionen Mark Beständewert aufweist, wurde mit Wirkung ab 1. Januar gegen Zahlungen, die nicht veröffentlicht werden (!) — die Pachtsumme wird vom Berliner „Börsen-Courier" auf 4 Millionen Mark geschätzt — an die genannten Gruppen verpachtet.

Mit dieser geschäftlichen Transaktion vollzieht sich ein weiterer Schritt im ungeheuren Rationalisierungs- und Konzentrationsprozeß der chemischen Industrie Deutschlands, dessen Durchführung in den Händen des Anilintrusts liegt.

Welche Bedeutung dieser Prozeß zunächst für die Arbeiterschaft der Piesteritzer Werke haben wird, geht aus der Tatsache hervor, daß der Hauptbetrieb in Piesteritz schon jetzt

in der halben Fabrik ebensoviel Stickstoff herstellen kann, wie früher in der ganzen.

Die neue Konzentration geht laut einem Bericht der „Frankfurter Zeitung" vom 1. Juni nach folgendem Plan vor sich:

Auf dem Werke von der Bayrischen A.-G. sind kleine Probeöfen für die schwefelsäurelose Verarbeitung ausländischer Phosphate auf Phosphor bzw. Phosphorsäure aufgestellt worden. Diese Versuche und ihre Ergebnisse haben in Verbindung mit der Stromersparnis bei der Stickstoffproduktion den Plan gefördert, einen Teil der Karbidöfen und anderen Einrichtungen des Piesteritzer Werkes, von dem man einzelne Fabrikationsstätten früher einmal an die oberbayrischen Wasserkräfte zu verlegen erwog, zunächst zur Hälfte, einschneidend umzubauen. Einstweilen wird die Hälfte des Piesteritzer Werkes auf jene neuartige Verwendung des Golpa-Zschornewitzer Kraftstroms zur Phosphorgewinnung umgestellt.

Es ist ein Werkvertrag geschlossen, nach welchem die Bayrische Stickstoff A.-G. und die Leuna-Farbengruppe — die letztere mit einem erheblich größeren Prozentsatz — gemeinschaftlich die technische Durchführung und die finanzielle Ausstattung der neuen Phosphorfabrikation betreiben werden. Dafür stehen an Strom [illegible] Millionen Kilowatt-Stunden p. a. zur Verfügung. Das Ergebnis des bereits einsetzenden Umbaues wird eine nicht unerhebliche Steigerung der deutschen Phosphorgewinnung sein; demgemäß werden für sie fremde Phosphate den Rohstoff bilden. Das Ziel ist aber ein kombiniertes: für den zu gewinnenden Phosphor ist bereits die volle Verwendung vorgesehen, und zwar wird, wie wir weiter hören, im Leuna-Werk durch die Verbindung der Phosphorsäure mit verschiedenen Ammonium- und Kaliverbindungen ein Ammonphosphatdünger hergestellt, der [illegible] Prozent Stickstoff, 14 Prozent wasserlösliche und 1 Prozent citratlösliche Phosphorsäure enthält und die Düngung sehr vereinfachen und dadurch gerade den Kleinbauern ermuntern soll. Das bezügliche Produkt wird in bisherigen Fabrikationsstätten der J.-G.-Gruppe in mäßigen Quanten schon hergestellt und ist bereits seit einiger Zeit im Handel.

Die „Frankfurter Zeitung" schätzt die Zunahme an absetzbarem Phosphatdünger als Ergebnis der Piesteritzer Umstellung auf [illegible] Tonnen im Fakturenwert von

40 Millionen Reichsmark.

Diese Summe bedeutet, daß das Reich mit der Ueberlassung der Piesteritzer Werke ein **Riesengeschenk an die Anilinkönige** macht. Denn die „Pachtzahlungen" machen zweifellos einen lächerlich geringen Betrag aus. Eine andere Frage ist, wer außer den Anilinkönigen bei diesem Geschäft, das einen **glatten Raub am Vermögen der Werktätigen** bedeutet, verdient hat.

Verdient haben neben den Besitzern der Aktien des Farbentrusts, die in zwei Wochen eine 25prozentige Zunahme ihres Vermögens buchen konnten, die **Vermittler** der Transaktion. **Die Kosten** tragen dagegen die **Arbeiter der Piesteritzer Werke, der Leuna-Werke und der Bayrischen Stickstoffwerke,** die nach jeder neuen Etappe der produktionstechnischen Konzentration **zu Tausenden** auf die Straße fliegen sollen.

Die Umstellung wird des weiteren eine **engste Verbindung der Produktion im Piesteritzer Werk und im Leuna-Werk** zur Folge haben. Bei Verbrennung von Phosphor zu Säure in ein Gemisch von Luft und Wasserdampf entsteht nämlich auch ein Gemisch von Stickstoff und Wasserstoff, dasselbe, dessen sich das Leuna-Werk bei der Fabrikation von schwefelsaurem Ammoniak als Zwischenprodukt bedient. Dieses Zwischenprodukt würde künftig zu einem großen Teil aus Piesteritz als Nebenprodukt kommen.

Wie weit die Konzentration geht, erfolgt aus den Kombinationen der „Frankfurter Zeitung", wonach im Zusammenhang mit den obigen Prozessen auch die **Düngerfabrikation** so weit umgestaltet werden kann, daß am Ende das Stickstoffsyndikat ab Leuna nicht nur den Stickstoff und den Phosphor in einem Salze liefern kann, sondern durch neue Verfahren imstande sein wird, auch das Kali in der Zukunft nicht mehr mechanisch, sondern chemisch hinzuzufügen. Diese Konzentration könnte nach den Pflanzenarten, Jahreszeiten und Böden entsprechend gestaltet werden.

Bereits wird in den Leuna-Werken schon ein neues Düngemittel, das den Namen „L e u n a p h o s B A S F" trägt, hergestellt, das mindestens 20 Prozent Stickstoff und mindestens 14 Prozent wasserlösliche Phosphorsäure enthält. Diese Vereinigung von Stickstoff und Phosphorsäure soll auch für die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe eine Vereinfachung der Düngung ermöglichen. Das neue Produkt wird zu einem Preise von 25,70 für 100 Kilogramm verkauft. Der Preis für das Kilogramm Stickstoff im Kalkstickstoff stellt sich zwischen 82 und 92 Pfennig.

Die Aufgaben der Chemiearbeiterschaft

Der obige Bericht hat für die gesamte Arbeiterschaft in der chemischen Industrie eine außerordentliche Bedeutung. Nachdem der Anilintrust im Vorjahre durch Zusammenlegung der vier bedeutenden großen Konzerne eine **Kapitalskonzentration** vollzogen hat, die sie in die Lage versetzt, als zweitstärkste Kapitalgruppe der deutschen Industrie aufzutreten, schreitet der Riesentrust zur **produktionstechnischen Konzentration.** Schritt auf Schritt wird die gesamte Düngemittelindustrie in den Einflußbereich des Trusts einbezogen. Das bedeutet, daß allein auf diesem Gebiete die Anilinkönige einen Absatzmarkt beherrschen werden, dessen Aufnahmefähigkeit nach bürgerlichen Schätzungen eine **halbe Milliarde Mark** beträgt.

Im Gegensatz zur Politik anderer Konzerne, so des Rhein-Ruhr-Montantrusts, verkündet der Anilintrust, daß er nicht die Erhöhung der Inlandspreise, sondern deren **Herabsetzung** erstrebt. An und für sich wäre gegen eine solche Preispolitik nichts einzuwenden. Der Anilintrust will aber diese angekündigte Preisherabsetzung **ausschließlich durch die kapitalistische Rationalisierung, d. h. auf Kosten der Arbeiterschaft,** durchführen. Herabsetzung der Zahl der beschäftigten Arbeiter bis auf die Hälfte, Niedrighaltung der Löhne und Einführung von Antreibemethoden, verbunden mit der Verlängerung der Arbeitszeit, Masseneinstellung von ungelernten, elend bezahlten Arbeitskräften, Kinderarbeit — alle diese Mittel sollen in Anwendung gebracht werden.

Die Chemiearbeiterschaft kann diesen Perspektiven nicht tatenlos zusehen. Sie muß bei Gefahr des Unterganges den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung aufnehmen. Der nächste Schritt ist, daß die **Arbeiterschaft der Leuna-Werke und des Piesteritzer Werkes die kapitalistische organisatorische Verschmelzung mit engstem organisatorischen Zusammenschluß beantwortet.**

Die Arbeiterschaft muß angesichts der Riesengewinne des Anilintrusts die Forderung erheben, daß jede Preisherabsetzung nicht durch Massenentlassungen, **nicht durch Verringerung des Lohnanteils** an den Produktionskosten, sondern durch **Verringerung des ungeheuren Profitanteiles** erfolgen soll.

Das **Geschäftsgebaren des Anilintrusts** muß dem letzten indifferenten Chemieproleten begreiflich gemacht werden. Eine Grundlage dazu bildet der Aufsatz „Die Bilanz der Giftkönige" im „Klassenkampf" vom 26. Mai d. J. Die wirtschaftliche Aufklärung über die Ausbeutung der Arbeiterschaft muß durch systematische gründliche Arbeit vertieft und zur Aufrüttelung der Chemieproleten benutzt werden.

In der Montanindustrie hat die Tatsache, daß die Gewerkschaften den Rationalisierungsprozeß kampflos hinnahmen, zur Entlassung von Hunderttausenden geführt. Den Chemieproleten droht dasselbe Schicksal, wenn sie nicht durch **Stärkung der Gewerkschaften und Umwandlung der Gewerkschaften in Organe des Klassenkampfes** rechtzeitig die Vorbereitungen treffen. Ihre **objektive Lage** ist insofern viel günstiger, als jene der Ruhrkumpels und der Arbeiter der Hüttenindustrie, als die chemische Industrie insbesondere die Produktion des Farbentrustes nicht mit den Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hat, die für die Montankapitalisten eine willkommene Veranlassung zu Massenentlassungen war. Im Gegenteil: Die Absatzberichte der chemischen Industrie für den Monat Mai sprechen von einer günstigen Konjunktur. So heißt es im „Berliner Tageblatt" vom 8. Juni über den Absatz von schwefelsaurem Ammoniak:

„Im Monat Mai war die Nachfrage nach schwefelsaurem Ammoniak im Inland der vorgeschrittenen Jahreszeit entsprechend gut. Die Erzeugung war normal und die Preise unverändert. Im Ausland war der Absatz befriedigend."

Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie muß auf Grund dieser objektiven Lage eine **Kampfstrategie** ausarbeiten, die den großen Veränderungen innerhalb des Chemiekapitals Rechnung trägt. Die Belegschaften der Werke des Farben- und Anilintrusts müssen aber wissen, daß in der Zukunft ihnen die Rolle der **Führung der gesamten Chemiearbeiterschaft** zukommt!

Wohin der Weg?

Mit den oben beschriebenen Vorgängen ist der Entwicklungsprozeß des Farbentrusts und der damit zusammenhängenden Kapitalkonzentration in Deutschland bei weitem nicht abgeschlossen. Die Herstellung von neuen Stickstoffverbindungen umfaßt nur einen Teil der geplanten neuen Produktionsverfahren des Anilintrusts. Das Schwergewicht wird bei den im Gange befindlichen experimentellen Untersuchungen auf das Gebiet der **Kohlenverflüssigung** gelegt.

Der Ausdruck Kohlenverflüssigung umfaßt eine ganze Reihe von verschiedenartigsten Kombinationen, Plänen, Möglichkeiten, die auf die Gewinnung von Oelprodukten hinauslaufen. Es verlautet, daß der Anilintrust bereits greifbare und praktische Resultate erzielt habe, die in nächster Zeit schon angewendet werden können. Eine besondere Bedeutung kommt in dieser Hinsicht wiederum der Kombination des **mitteldeutschen Braunkohlenreviers mit den chemischen Werken** zu. Zur Verflüssigung eignen sich nämlich die minderwertigen Kohlensorten, vor allem **Braunkohle**, in höherem Maße als hochwertige Kohlensorten.

Hier eröffnet sich die Perspektive einer **weiteren Vertrustung von Chemie-, Braunkohle- und Elektro-Kapital.** Wenn auch dieser Prozeß noch nicht eine handgreifliche Gestalt angenommen hat, so muß die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland diese Perspektive mit Aufmerksamkeit verfolgen und durch engsten Zusammenschluß rechtzeitig die Grundlagen für die Abwehr der weiteren Kapitalsoffensive schaffen.

Tatsachen, die jeder Chemiearbeiter wissen muß

800 Chemiegesellschaften in Deutschland haben ein Aktienkapital von insgesamt 1,5 Milliarden Mark. Davon fällt allein auf den Anilintrust ein Aktienkapital von 750 Millionen Mark.

Der Anilintrust zahlte für das Jahr 1925 64 Millionen Mark an Dividenden aus. Der Reingewinn wird mit 68 Millionen Mark verbucht. In Wirklichkeit beträgt er mindestens 100 Millionen Mark.

Nach den statistischen Feststellungen der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" (2. Maiheft 1926) gehören die Arbeiter in der chemischen Industrie im Reichsmaßstabe zu den schlecht bezahltesten Kategorien der Produktionsmittelindustrie. Der Wochenlohn betrug im April im Reichsmaßstabe im Bergbau 49,02 Mark, in der Metallindustrie 46,24 Mark, im Baugewerbe 55,23 Mark, im Holzgewerbe 46,42 Mark, in der chemischen Industrie 40,90 Mark für gelernte Arbeiter.

Die deutsche chemische Industrie hat vom Januar bis Mai 1926 chemische Erzeugnisse, Farben, Firnisse, Lacke usw. im Gesamtwert von rund 259 Millionn Mark exportiert. Die Menge und der Wert der ausgeführten Waren ist im ständigen Steigen begriffen.

Am 30. April 1926 waren von 315 000 organisierten Chemiearbeitern 16,5 Prozent vollerwerbslos, 14,6 Prozent Kurzarbeiter, insgesamt 100 000 organisierte Chemiearbeiter erwerbslos oder Kurzarbeiter.

Im Zeichen der „flüssigen Kohle"

Die zwei größten Oelkonzerne der Welt, die **Standar Oil-** und die **Shell-Gruppe,** haben je 25 Proz. der Aktien der **Deutschen Gasolin-A.-G.,** der früheren Stinnes-**Rebeck**-Oel A.-G., erworben. Die Deutsche Gasolin-A.-G. hat unter der Kontrolle des Anilintrusts die Herstellung von Kunstbenzin und anderen Produkten, die unter dem Namen „Oel aus Kohle" zusammengefaßt werden, im großen in Angriff genommen. Die Beteiligung der Standard Oil- und der Shell-Gruppe bietet neue Perspektiven für die weltwirtschaftliche Eingliederung des Anilintrusts in die Reihe der großen imperialistischen Kapitalsmächte.

Neue Erwerbungen des Anilintrusts

Die von der Metallbank kontrollierten Gewerkschaften **Sachtleben** und **Sicilia** werden in eine neue Aktiengesellschaft unter der Firma A.-G. für Bergbau und chemische Industrie in Köln zusammengefaßt. Hinter der Transaktion steht wieder der Farbentrust. Die neue Gesellschaft wird auf die deutsche Schwefelkieserzeugung großen Einfluß haben. Der Umsatz des Sachtleben-Komplexes wird auf 20 000 Tonnen pro Monat geschätzt.

Im Zusammenhang mit der Transaktion steht der Besitzwechsel der **A.-G. für chemische Industrie Gelsenkirchen,** die nun auch unter die Kontrolle der J.-G. Farbenindustrie kommt.

Luther als Aufsichtsrat in der Chemischen Fabrik Buckau

Die außerordentliche Generalversammlung der Chemischen Fabrik **Buckau** in **Ammendorf (Saalkreis)** beschloß, den Reingewinn in Höhe von 200 000 Mark nach Abzug der Tantiemen auf neue Rechnung vorzutragen. Wieviel an Tantiemen für die Aufsichtsräte ausgezahlt wurde, wird nicht mitgeteilt. Dies wäre aber um so interessanter, als in den neuen Aufsichtsrat u. a. der **Reichskanzler a. D. Luther** gewählt wurde. Für die Arbeiter der Fabrik bedeutet diese hohe Ehre nichts anderes, als daß ein Scharfmacher großen Stils jetzt das Wort führen wird.

Ein Schulbeispiel für die Pläne des Chemiekapitals

Die **Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken A.-G. in Gotha** beschloß, den Betrieb auf der stillgelegten chemischen Fabrik Heinrichshall in Pöhlitz weiter ruhen zu lassen, da die unter Hinzuziehung der Gemeindeverwaltung gepflogenen Verhandlungen mit der Arbeiterschaft über die Festlegung einer zehnstündigen Arbeitszeit erfolglos waren.

Wirtschaftsenquete?

Mit pompöser Aufmachung wurde eine sogenannte **W i r t s c h a f t s e n q u e t e** unter Beteiligung des Reichstags, der Industrieverbände usw. eröffnet. Eine Wirtschaftsenquete, die über die Produktionsverhältnisse endlich gründliche Aufklärung schaffen, die die Wahrheit über die Kalkulationsmethoden der deutschen Kapitalisten, über Profit- und Mehrwertrate, Lohnanteil und Leistung usw. herausarbeiten und p u b l i z i e r e n würde, ist dringend nötig. Die offizielle Wirtschaftsenquete ist aber nur ein Ablenkungsmanöver, ihr Zweck ist durch eine Fülle von Untersuchungen, die von vornherein tendenziös eingestellt sind und auf die volle Erforschung der Wahrheit verzichten, den Anschein der Objektivität zu erwecken.

Die Bankbilanzen

Die gestern veröffentlichten Zweimonatsbilanzen von 83 deutschen Kreditbanken zeigen an, daß die Krise fortdauert. Gegen den 28. Februar haben sich die Bankeinlagen von 4530,2 Millionen Mark auf 4731 Millionen Mark, also um 201,6 Millionen Mark erhöht. Am stärksten gestiegen sind die Einlagen, die innerhalb sieben Tagen fällig werden, nämlich um 89,6 Millionen Mark; die bis zu drei Monaten fällig werdenden nur um 4,7 Millionen Mark. Die nach drei Monaten fällig werdenden Einlagen haben sich sogar von 42,5 Millionen Mark auf 34,8 Millionen Mark verringert. Diese Zahlen beweisen, daß die Geldflüssigkeit, der Grund der Erhöhung der Einlagen und zugleich eine Folge der Krise, nur für Anlagen auf kurze Zeit besteht, während für langfristige Anlagen diese Geldknappheit noch fortdauert.

Das gleiche zeigt sich bei den Ausleihungen der Banken. Die Bankkreditoren in laufender Rechnung haben sich trotz der Zunahme der Einlagen um 200 Millionen Mark nur um ein Viertel dieser Summe, nämlich um rund 50 Millionen Mark, erhöht. Die Schuldner, die gegen Deckung ein Bankdarlehen bekommen, sind um 78,6 Millionen Mark gewachsen, die ungedeckten Debitoren dagegen um 25,1 Millionen Mark gefallen. Das zeigt, daß trotz der Geldflüssigkeit Kredite nur gegen hinreichende Sicherung gegeben werden, daß also die Schwierigkeit, langfristige Kredite zur Anlage in Produktionsmitteln zu erhalten, immer noch besteht.

Studienreise englischer Konservativer nach Sowjet-Rußland

Vier konservative Unterhausmitglieder, die 14 Tage inoffiziell eine **Studienreise durch Sowjet-Rußland** machten, kommen in ihrem jetzt fertiggestellten Bericht zu folgenden Schlüssen:

„Schon heute kann man nicht mehr daran zweifeln, daß die Sowjetregierung eine **bleibende Institution in Sowjet-Rußland** sein wird. Wenn die politische und ökonomische Entwicklung, wie sie im Augenblick vor sich geht, weiter anhält, erscheint es als durchaus klar, daß es der Sowjetregierung in ein paar Jahren möglich sein wird, **den Anforderungen eines Hundertmillionenvolkes in jeder Beziehung zu entsprechen."**

In dem Bericht wird dann verlangt, daß die antirussische Propaganda endlich eingestellt werde, daß die russische Regierung die privaten Vorkriegsschulden anerkenne und der Handel zwischen England und Rußland gehoben werden müsse, um die Arbeitslosigkeit in England erfolgreich zu bekämpfen. **Deutschland und Amerika hätten in dieser Beziehung vor England schon einen großen Vorsprung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260609-12/fragment/page=0005
DFG

Organisierter Stahlhelm-Ueberfall auf rote Frontkämpfer bei Eisleben

Schüsse auf die roten Frontkämpfer — Die Faschisten mit Eichenstöcken, Seitengewehren und Revolvern bewaffnet

Der Angriff glänzend abgewehrt — Erfolgreicher Verlauf des Roten Landsonntags

Zu unserem gestrigen Bericht über den Stahlhelmüberfall auf die Eisleber roten Frontkämpfer während ihrer Propagandafahrt ins Mansfelder Land wird uns noch geschrieben:

Wer die Presse über die Enthüllungen der Putschpläne der Reaktionäre verfolgt hat, weiß, daß es bei dem Volksentscheid hart auf hart geht. Die bürgerlichen Zeitungen überschlagen sich geradezu mit ihren Lügen in der Gegenpropaganda. So versuchen sie die fanatischen Anhänger der vaterländischen Organisationen aufzupeitschen, daß sie Front machen sollen gegen die revolutionären Arbeiter. Der Erfolg des Volksbegehrens hat ihnen einen empfindlichen Schlag versetzt. In ihren Reihen bröckelt es stark. Deshalb spannen sie jetzt alle Kräfte an, um einen Sieg des Volksentscheides zu verhindern. Alle Mittel dazu sind den Vaterländischen billig. Ob Lüge, Verleumdungen, Terror, Mißhandlungen, ja sogar Mord. Das hat sehr treffend am Sonntag der **Stahlhelm des Mansfelder Gaues** bewiesen. Doch trotz allen Terrors und Ueberfalles sind diese Stahlhelm-Revolverhelden mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden.

Hinaus aufs Land! ist jetzt die Parole zum Volksentscheid. Gerade die Landbevölkerung muß von der Notwendigkeit der Wahl überzeugt werden. Und so waren am Sonntagmorgen die **Eisleber** roten Frontkämpfer, revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengekommen, um mit Autos eine **Landpropaganda** zu veranstalten. Leider kam nur ein Auto, und dies auch noch mit vier Stunden Verspätung. Auf der Helftaer Straße wurde aufgestiegen und dann ging es mit Hörnerspiel und Gesang hinaus auf die Dörfer. Zuerst nach **Volkstedt.** Kaum im Dorf angekommen, wurden die Kameraden und Genossen im Auto stürmisch von der Einwohnerschaft begrüßt. Die Hornisten spielten einen Marsch und das Auto fuhr zur Propaganda durch das Dorf. Auf dem Anger war Haltestelle. Beladen mit Volksentscheidmaterial bearbeiteten dann die Eisleber Genossen Haus für Haus. Bald fanden sich alle wieder zusammen. Ueberraschend war der Erfolg der Sammlung.

Dann ging es mit gesteigertem Mut nach **Polleben.** Viele rechneten schon aus, was sie in diesem Dorfe umsetzen würden. Das Auto hatte eine ziemliche Belastung und ächzte den Berg hinauf. Polleben in Sicht! Das Auto fährt bergab. Die Hornisten blasen was die Puste hergibt, um uns anzumelden. Rote Fahnen wehten uns entgegen und sogar mit Blumen wurde das Auto beworfen. Im Dorfe wurde Halt gemacht und dann begann dieselbe Arbeit wie in Volkstedt. Auch hier war der Erfolg glänzend.

Nach einer kurzen Rast fuhr das Auto ab nach **Burgsdorf.** Ein kleines Bauerndorf. Deshalb ging nur ein kleiner Trupp Genossen zur Propagandaarbeit in die Gehöfte. Schon kurze Zeit darauf begann ein Lärmen und ein Genosse meldete, daß **zwei Stahlhelmer zwei unserer Leute geschlagen** haben. Kaum hatten die zurückgebliebenen Kameraden die Nachricht erhalten, eilten sie flugs zur Hilfe. Selbstverständlich hatten die Stahlhelmer nicht vermutet, daß auf der Landstraße ein Auto voll Leute stand, und so wurde der eine ganz kleinlaut, während der Flurschütze Angermeier (aus Bayern) einen **Dolch zog,** um damit loszustechen. Dieser wurde ihm sofort entrissen. Nur daß ein Genosse sich dazwischen drängte, rettete den Flurschützen von dem, was ihm gebührte. Diesem Vorfall hat ein großer Teil der Einwohnerschaft mit beigewohnt, die ihrer Entrüstung darüber auch Ausdruck gaben. Meinten doch sogar etliche, daß er mal eine gehörige Abreibung bekommen müßte. In Beesenstedt erzählten Einwohner, daß er vor kurzem einen alten Mann aus einem nichtigen Anlaß so geschlagen habe, daß dieser am ganzen Körper grün und blau gewesen sei. Jedenfalls war es dem Flurschützen diesmal bei seiner „Rauflust" übel ergangen. Auffällig war es, daß aus einem Haus noch **zwei Stahlhelmer in voller Uniform** heraussahen. Als einige Genossen den Dolch bei dem Gemeindevorsteher abliefern wollten, war auf einmal das Gehöft verschlossen, während vordem erst einige der Eisleber Material hineingetragen hatten. Alles Pochen half nichts.

So wurde eben weiter gefahren nach **Schwittersdorf-Beesenstedt.** Im ersten Orte hatten wir uns verfahren, und so genossen alle Teilnehmer der Propagandafahrt noch einen heiteren Anblick. Der **Reiterverein des Junglandbundes** kam auf seinen „Hotichen" dahergeritten, voran ein Harlekin, der anscheinend für die nötige Stimmung sorgen sollte, hinterher ein früherer Offizier zu Pferd mit umgeschnalltem Degen, und dann die Bauernjugend, die papierne „Bock"- — Pardon — Studentenmützen aufhatten. Es war wirklich ein kurioses Bild. Die schwarzweißroten Fahnen an den Girlanden konnten uns gar nicht stören, und die Autofahrt ging weiter. In **Beesenstedt** jubelte die Einwohnerschaft, denn seit langer Zeit haben sie ein derartiges Bild im Dorfe nicht gesehen. Der Terror der Großagrarier mit ihrem Stahlhelmanhang machte der Arbeiterschaft es bisher unmöglich, eine proletarische Veranstaltung stattfinden zu lassen. Broschüren und Marken wurden gekauft, desgleichen der „Klassenkampf" immer und immer wieder gefordert. Auch hier ging alles reibungslos vonstatten.

Doch von Beesenstedt aus sollte es anders kommen, was kein Teilnehmer der Autofahrt erwartet hätte. Die **Rückfahrt nach Eisleben über Hedersleben und Oberrißdorf** sollte beginnen. Einige Genossen hatten im Lokal beobachtet, wie **Stahlhelmer,** die in Schwittersdorf an der Feier teilgenommen hatten, **mit Motorrädern in Beesenstedt ankamen.** Desgleichen einige mit Fahrrädern. Sofort begab sich einer von ihnen in den Gasthof und telephonierte. Dies war verdächtig. Und die Vermutung, die einige Genossen hatten, bestätigte sich allzubald. Kaum war das Auto aus dem Dorfe heraus, **folgten wieder die Motorradfahrer.** Doch wurde die Fahrt in Schwittersdorf nicht unterbrochen, sondern es ging stracks nach Eisleben. Von Schwittersdorf wurde der Radfahrertrupp der Stahlhelmer immer größer. Schon am Eingang des Dorfes **Hedersleben** standen zirka **20 Stahlhelmer, bewaffnet mit Stöcken, und drohten.** Doch Kommando war gegeben, sich nicht provozieren zu lassen. Es war klar, daß die Faschisten auf eine Schlägerei ausgingen. Erst am Gasthof hielt das Auto. Da sich die Stahlhelmer desgleichen daselbst versammelten und eine Reiberei vermieden werden sollte, fuhr das Auto bis an die Dorfgrenze. Nach kurzem Aufenthalt ging es weiter, immer verfolgt von den Radfahrern, deren Zahl von Dorf zu Dorf sich vergrößerte. Durch Oberrißdorf spielte das Spielerchor auf dem Auto, wo viele der Einwohner herangelockt wurden und die Insassen des Autos begrüßten. Erst auf der Landstraße, hinter der Straßenbiegung zum Dorfe, wurde Halt gemacht, da ein Teil der Mitfahrer ihre Notdurft verrichten wollten. Einige lachten und meinten: „Jetzt haben wir ihnen (den Stahlhelmern) ein Schnippchen geschlagen, denn die wollten uns bloß eine gehörige Abreibung verschreiben! Womöglich ein paar niederknallen und dann in die Gehöfte verschwinden." Da tauchten aber schon wieder die Radfahrer, aus dem Dorfe kommend, auf. Ein Teil von ihnen **fuhr vorbei und saß ab.** Als verschiedene unserer Leute sie fragten, was das zu bedeuten hätte und wohin sie wollten, wurden verschiedene Orte angegeben, und als zuguterletzt einer durch seine schnodderigen Redensarten nicht mehr ein noch aus wußte, riß er kurzerhand das Rad herum und rammte dadurch einige Frontkämpfer, welche sich dies nicht gefallen ließen. Das war ein Signal für die Stahlhelmer. Doch zogen sie hierbei das kurze Ende. Sie rissen aus und

gleich darauf fiel ein Schuß aus ihrer Mitte

Da kam auf einmal ein **Auto, vollgeladen mit Stahlhelmern,** aus der Richtung Oberrißdorf hinter uns her. Ein Jubelgeheul der Faschisten ertönte. Von weitem schon konnte man beobachten, wie sie mit Stöcken in der Luft herumfuchtelten. Der Zweck der Verfolgung wurde sofort erkannt und die nötigen Abwehrmaßnahmen dagegen getroffen. Unsere Vermutungen trafen auch zu. Ihre Absicht war, beim Vorbeifahren einzuschlagen auf die roten Frontkämpfer. Kaum herangekommen, erschallte ein Indianergeheul. Am Auto angekommen, konnte man deutlich erkennen, daß die

Stahlhelmer mit Eichenstöcken, Seitengewehren und sogar Revolvern bewaffnet

waren. Als sie nun einschlagen wollten, wehrten die roten Frontkämpfer mit einem Steinbombardement den Angriff ab. Das hatten die Stahlhelmhelden nicht vermutet, denn in ihrem Auto kollerten sie **wie Kraut und Rüben durcheinander.** Sie suchten eilig das Weite. Sofort stiegen alle Kameraden wieder auf. Dabei

schossen wieder die Radfahrer der Stahlhelmer,

die hinter dem Auto her waren. Doch nun ging die Fahrt über Volkstedt nach Eisleben zurück. Ohne daß ein Teilnehmer der Fahrt eine Verletzung erlitten hatte (außer einem Kameraden, den der Stahlhelmer in Burgsdorf mit dem Dolch in die Fingerspitze gestochen hatte), kamen wir um 7 Uhr in Eisleben wieder an.

An der Freistraßen-Ecke standen die **Stahlhelm-Helden mit ihrem Auto.** Doch wurde keine Notiz von ihnen genommen. Auf dem Breiten Weg stieg alles ab und nach einem „Rot Front" ging es nach Hause. Kaum war ein Teil weg, da kam das

Ueberfallkommando der Eisleber Sipo

angerückt mit dem Stahlhelmer Sylla an der Spitze. Die „Rädelsführer" sollten sich melden. Selbstverständlich waren diese auch zur Stelle, und da von den Beamten einer erklärte, es sei von den roten Frontkämpfern geschossen worden, verlangte sofort ein Genosse, daß man alle Teilnehmer nach Waffen durchsuchen solle. Selbstverständlich kam man dem nicht nach. Denn dann wäre die infame Lüge eines Stahlhelmdrahtziehers zusammengebrochen. So stieg freiwillig ein Teil der Teilnehmer auf das Sipoauto und die Fahrt ging **unter dem Gesang der „Internationale" zur Sipokaserne.** Hier konferierten schon die Sylla und Komplicen mit den Offizieren und dem Hauptwachtmeister. Alle wurden darauf nach Waffen untersucht, es wurden aber selbstverständlich **keine gefunden.** Die roten Frontkämpfer mußten sich nun gedulden, bis die Stahlhelmer ihre Lügen angebracht hatten. Als sie sich in der Zeit unterhielten kam so ein naseweiser Beamter angeflitzt und **verbot das Sprechen!** Er bekam darauf die gebührende Antwort. Vor dem Sylla wußte er gar nicht, wie er vor lauter Ergebenheit den Hals drehen sollte. Festgestellt muß werden, daß sonst alle Beamten sich korrekt gegen die Inhaftierten benommen haben. **Bald wurden alle wieder freigelassen.** Genosse Lessig bestand darauf, daß sofort ein Polizeibericht aufgenommen wurde. Somit endete die große Staatsaktion spät abends.

*

Nachbemerkungen: Sofort am nächsten Tag sind von der Partei Nachforschungen angestellt worden, wie der Zusammenstoß zustandekommen konnte. Da die Stahlhelmführung aus dem „Klassenkampf" die Notiz vom Landsonntag ersehen hatte, **alarmierte sie sofort ihre Ortsgruppen in diesen Dörfern.** In Hedersleben sollte den roten Frontkämpfern genau so eine Abreibung zuteil werden, wie einstmals dem Reichsbanner. Um immer Bescheid allen Orten zu geben, wo das „rote Auto" sich befindet, hatten

die Faschisten einen regelrechten Nachrichtendienst eingerichtet.

So ist festgestellt worden, wie drei Motorräder die Verbindung herstellten. Der saubere Herr, welcher auf dem Seminar bei der Sipo mit Sylla vorsprach und den Unschuldsengel mit markierte, war desgleichen ein Verbindungsmann. Das Bemerkenswerteste ist jedoch, daß am Sonntag **alle Poststellen dieser Dörfer in Verbindung mit der Eisleber Post bis abends 8 Uhr haben Dienst machen müssen.** Gewöhnlich ist Sonntags mittags um 12 Uhr Schluß, aber am Sonntagnachmittag erhielt man von den Dörfern aus ein Gespräch in einer Minute.

Von Hedersleben wird uns gemeldet, daß die Mitglieder des Stahlhelms angewiesen waren, am Sonntag immer fertig in voller Uniform zum Alarm bereitzustehen.

Dies konnte man sofort bei Einfahrt des Autos im Dorfe bemerken. **Umgeschnallt, mit Stöcken versehen, kamen sie angestürzt zum Auto.** In all den Orten waren **in den Gasthöfen Wachtposten** aufgestellt, die beobachteten, wann das Auto ankam, um dann ein Gespräch telephonisch durchzugeben. In Hedersleben sollte die Schlägerei eigentlich vonstatten gehen. Wenn die Leute einzeln bei der Agitation waren, sollte die **Stahlhelmmeute über sie herfallen.** Doch ist daraus nichts geworden. Daher haben sie dann einen Schnellkraftwagen fertiggemacht, mit Mannschaft beladen und hinterhergeschickt. Daraus ist zu ersehen, daß der

Ueberfall organisiert gewesen

ist. Denn was soll eine bewaffnete Bande von Hedersleben auf der Straße nach Eisleben? Zivilisten, die am Abend auf dem Markt sich mit Hederslebener Stahlhelmern unterhalten haben, bekamen von diesen die Mitteilung, daß sie keine „Roten" im Dorfe leiden, die würden alle hinausgeschlagen. Da das Auto der roten Frontkämpfer abgefahren war, hatten sie folgenden Plan ausgearbeitet, welcher uns übermittelt worden ist.

Die Radfahrer sollten immer dem Auto in der unmittelbaren Nähe folgen und provozieren. Das Auto der Faschisten sollte dann an das „rote Auto" heranfahren und mit Stöcken, Seitengewehren und Revolvern die „Roten" „zudecken". Da ihr Auto schneller fuhr, wäre es dann an der Spitze gewesen. Die Radfahrer hätten sich angeschlossen. An der Eisleber Chaussee wollten sie die Straße **mit einem Drahtseil absperren,** so daß das „rote Auto" nicht mehr weiter fahren konnte. Dann wäre noch ein Auto voll Stahlhelmer gekommen und man hätte die „Roten" in der Mitte gehabt. Das andere hätte sich schon gefunden. (Der Plan ist eigentlich gar nicht dumm. Daß aber die Arbeiter auch keine Dummköpfe sind, damit hat Herr Sylla nicht gerechnet. Sie sind eben nicht alle so dumm, wie manche Leute! D. R.) An dem disziplinierten Verhalten der Teilnehmer an der Propagandafahrt mußte jeder Angriff der Stahlhelmer abprallen.

Da die Stahlhelmer bei der Sipo in Eisleben angegeben haben, von den roten Frontkämpfern sei geschossen worden, ist folgendes festgestellt: Nicht rote Frontkämpfer, sondern ein

Stahlhelmer Fricke aus Hedersleben, beschäftigt bei Wendenburg, hat geschossen,

was durch Zeugen bestätigt werden kann. Wir werden in den nächsten Tagen auf die Vorgänge nochmals zurückkommen. Dies einstweilen. Wenn die Staatsanwaltschaft Interesse an den Revolverhelden und den Drahtziehern hat, dann möge sie nach Hedersleben gehen und dort fest zugreifen. Aber dies wird nie geschehen. Das wissen wir schon heute. Gespannt ist die Arbeiterschaft auf den kommenden Prozeß.

Am Montag schreibt nun die Eisleber Tante, das „Tageblatt", einen Bericht über die Vorgänge mit der Ueberschrift **„Roter Terror"!** Da sind die Stahlhelmer die Unschuldsengel. Ueberall hätten die roten Frontkämpfer die Stahlhelmer angepöbelt. So nennen sie die Orte Burgsdorf, Beesenstedt, Hedersleben und Oberrißdorf. Hieraus kann man gleich den Schwindel erkennen. In den drei zuletzt genannten Orten soll es auch zu tätlichen Angriffen gekommen sein. Das setzt der Dummheit wirklich die Krone auf! Hieran ersieht man die Schmiererei dieses Sudelblattes. Und dies nennt sich „aufrichtig und wahr" und auch noch „treuteutsch". Auf den Bericht werden wir morgen eingehen.

Trotz aller Machinationen der Faschisten war die

Propagandafahrt ein großer Erfolg.

In allen Dörfern wurde das Material umgesetzt und reichlich Spenden für den Volksentscheid gegeben. Die Landarbeiterschaft atmete befreit auf, als sie die roten Frontkämpfer sah. Stürmisch **begrüßten sie das Auto, bei dem Ankommen und bei der Abfahrt sammelten sich die Sympathisierenden um das Auto, um sich zu verabschieden.** Mit wutverzerrten Gesichtern sahen die Stahlhelmer dem zu. Diese Banditen terrorisieren die Landbevölkerung nach Strich und Faden, wenn sie sich nicht ihrer Gesinnung unterwerfen. Jedes Mittel heiligt ihren Zweck. Sie mißhandeln die Andersgesinnten oder machen sie auch arbeitslos. Dieser brutale Terror muß gebrochen werden. Der

Volksentscheid

steht vor der Tür. An diesem Tage gilt es, den Straßenräubern und Fürstenknechten die richtige Antwort zu geben. Die Mansfelder Landbevölkerung, die unter dem Stahlhelm-Kurant seufzt, muß

das Kreuz in das „Ja"-Feld setzen.

So werden wir bei dem Siege des Volksentscheids wieder Breschen in ihre Reihen schlagen bis zu dem Tage, wo das Industrieproletariat den Landarbeitern und Kleinbauern zu Hilfe eilt und das **vaterländische Mord- und Terrorgesindel zum Teufel jagt.** Sorgen wir für Aufklärung, wenn es den Wendenburg, Sylla und Komplicen auch nicht gefällt. **Ueberschwemmen wir in der nächsten Zeit im Zeichen der roten Einheitsfront das flache Land, dann wird der Tag nicht mehr fern sein, wo statt der geplanten Konterrevolution die proletarische Revolution siegreich sein wird, wo die proletarischen Massen den Sowjetstaat errichten mit einer Arbeiter- und Bauernregierung!**

Wo liegen die Stimmlisten aus?

Alle Wahlberechtigten müssen die **amtlichen Bekanntmachungen an den Anschlagsäulen** beachten.

Dort schon jetzt agitieren!

Denn alle Parteien fordern ihre Anhänger auf, die Stimmlisten einzusehen. Schickt Flugblattverteiler vor die Lokale,

und die Stimmlisten kontrollieren.

„Wer die Stimmliste oder Stimmkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde oder einem von ihr ernannten Beauftragten schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismaterial beizubringen."

(Gesetz: „Die Reichsstimmordnung" § 19.)

Seht die Stimmlisten ein!

Gesetz über den Volksentscheid.

§ 11.

Abstimmen kann nur, wer in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist oder einen Stimmschein hat.

§ 12.

Einen Stimmschein erhält auf Antrag:

I. ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist,

1. **wenn er am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks sich aufhält;**
2. **wenn er nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Stimmliste oder Stimmkartei seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt;**
3. **wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen;**

II. ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei nicht eingetragen oder darin gestrichen ist,

1. **wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Frist zur Einlegung eines Einspruchs gegen die Stimmliste oder Stimmkartei versäumt hat;**
2. **wenn er wegen Ruhens des Stimmrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund hierfür aber nach Ablauf der Frist zur Einlegung eines Einspruchs gegen die Stimmliste oder Stimmkartei weggefallen ist;**
3. **wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Stimmlisten und Stimmkartei in das Inland verlegt hat.**

Reichsstimmordnung

§ 10.

Zuständig zur Ausstellung des Stimmscheins ist die Gemeindebehörde des Wohnortes, in den Fällen des § 9 Nr. 1 2 die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts.

§ 11.

1. Stimmscheine können noch am Tage vor der Abstimmung ausgestellt werden.

2. In größeren Gemeinden kann Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Stimmscheinen schon am zweitletzten Tage vor dem Abstimmungstage geschlossen werden. Die Gemeindebehörde hat darauf in der Bekanntmachung nach § 47 hinzuweisen.

Wer verreist, muß sich ein Stimmschein besorgen!

Mitglieder-Versammlung des RFB. Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" Thema: Volksentscheid

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260609-12/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Gewerkschaftstag

Am Mittwoch, dem 9. Juni, finden Konferenzen aller Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre statt:

In Halle, abends 8 Uhr, im Saal der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, Referent Genosse Köhler, Berlin.

Erscheinen müssen: **Alle kommunistischen Ortsverwaltungsmitglieder, Fraktionsleitungsmitglieder, Kartelldelegierte, Zellen-Geschäftsleiter, kommunistische Betriebsräte und Mitglieder des Erwerbslosenausschusses.** **Gew.-Abtlg. Halle-Merseburg.**

Achtung, Erwerbslose!

Am Donnerstag, dem 10. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark“:

Große öffentliche Erwerbslosenversammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der bevorstehenden Staffelung der Erwerbslosenunterstützung. — Die Erwerbslosen und der Volksentscheid. Referent: Max Köhler, Berlin. 2. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle Erwerbslosen in dieser Versammlung erscheinen.

Der Erwerbslosenausschuß Halle (Saale).

Achtung, Elternbeiratskandidaten von Halle!

Für alle Schulen, in der ordnungsgemäß Kandidatenlisten zum … Juni eingereicht wurden, holen die verantwortlichen Genossen am Donnerstagabend ½6 Uhr Stimmzettel von der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4, ab.

Sparer und Rentner für den Volksentscheid

Volksrecht und Fürstenrecht, so lautete das Thema einer Versammlung, welche gestern von der Kultur- und Rechtsstaats-Partei einberufen war. Aber es muß gleich vorweg gesagt werden: in dem …ständigen Referat des Direktors Mehling aus Magdeburg war nicht viel darüber zu hören, und was von ihm darüber gesagt wurde, war mehr für Fürsten- als Volksrecht. Die zwei Stunden wurden vielmehr mit einer sozusagen Familienpolemik gegen die übrigen Sparer- und Aufwertungsverbände ausgefüllt, die mit ihren …en ebensowenig erreicht haben, wie die Kultur- und Rechtsstaats-Partei selbst, und an dem ganzen Referat war nur die eine Stellung interessant, daß man zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß **alle Aufwertungsprozesse für die betrogenen Inflationsgläubiger negativ ausgehen werden.** Die einzig richtige Konsequenz zog der Redner daraus allerdings nicht; ebensowenig führte er diese Erkenntnis auf ihre Ursache zurück, nämlich darauf, daß die Inflation ein Mittel der kapitalistischen Klasse zur Enteignung des werktätigen Volkes und des Mittelstandes war, und daß diese kapitalistische Gesellschaft Selbstmord begehen würde, wenn sie von dem …ten Inflationsgut etwas zurückgeben würde. Am Schluß seiner Aufwertungsgeschichte behauptete Herr Mehling, daß er sich für den Volksentscheid einsetzen könne und umkleidete diese Stellungnahme mit einigem Für und Wider.

Nach ihm ergriff jedoch Rechtsanwalt Wüst das Wort, der sich …s eindeutig zum Volksentscheid bekannte. Er ging auf den Brief Hindenburgs ein, stellte die Regierung Luther ins …licht und knüpfte daran die Feststellung, daß die Sparer, Rentner und Aufwertungsgläubigen

von den Deutschnationalen vollkommen betrogen

worden seien. Er forderte die Anwesenden auf, am 20. Juni geschlossen zum Volksentscheid zu gehen, denn „solange es noch einen verarmten Sparer, einen hungernden Kriegsbeschädigten gibt, dürfen auch die Fürsten nichts bekommen“. Ferner stellte Rechtsanwalt Wüst fest, mit welchen Mitteln von der Seite der reaktionären Parteien gearbeitet wird, um den Volksentscheid unmöglich zu machen. Die Regierung selbst hätte alles getan, um den Volksentscheid nicht einbringen zu müssen, aber, so fügte Herr Wüst hinzu, **die Massen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter haben einen so starken Druck ausgeübt, daß es die Regierung nicht wagen konnte, den Volksentscheid abzuwürgen.**

In der Diskussion wurde von einem sozialdemokratischen Redner versucht zu beweisen, daß der Redner nicht zum Thema gesprochen habe. Zum Volksentscheid selbst sprach er aber ebensowenig. Er verließ das Rednerpult, völlig verwirrt, und die Versammlung selbst in Verwirrung zurücklassend. Für das Einheitskomitee zur Durchführung des Volksentscheids sprach der Genosse Höcker, der klar und deutlich aufforderte, am 20. Juni geschlossen mit Ja zu stimmen. Die Sparer und Rentner, so führte er aus, müssen endlich aufhören, sich als unpolitisch zu bezeichnen. Sie dürfen nicht länger den kapitalistischen Parteien nachlaufen und dürfen auch nichts für die Fürstenfreunde tun. Genosse Höcker ging auf das Plakat ein, das der Ausschuß gegen den Volksentscheid herausgebracht hat, und wies nach, daß gerade die deutschen Fürsten es waren, die jederzeit mit dem Ausland paktierten, wenn es galt, etwas für sich herauszuholen. Er forderte auf, daß auch die Versammlungsteilnehmer die Arbeit des Einheitskomitees unterstützen und ihre Kräfte für den Volksentscheid einsetzen. Seine Rede wurde mit außerordentlich starkem Beifall entgegengenommen. Nach ihm sprach der Vertreter der Jungdemokraten, Klemich, der ebenfalls für den Volksentscheid eintrat und einiges Zahlenmaterial über den Reichtum der Fürsten bekanntgab. Er brachte eine Resolution für den Volksentscheid ein.

Ein Vertreter der Deutschnationalen versuchte nunmehr zu Wort zu kommen, was ihm bei der erbitterten Stimmung der Rentner aber nicht gänzlich gelang. Nach Schluß seiner Diskussion verließ er sofort den Saal, worauf ein alter Rentner ihm nachrief, daß **dieser deutschnationale Herr weggelaufen wäre und so verhindert hätte, daß ihm eine ordentliche Abfuhr erteilt werden konnte.**

Im Schlußwort brachte es der Referent trotzdem fertig, eine völlig reaktionäre Rede vom Stapel zu lassen und sich selbst ausdrücklich gegen den Volksentscheid zu erklären, was laute Entrüstung hervorrief. Auch die Resolution sollte stillschweigend beiseite gelegt werden. Da erbat Genosse Höcker kurz vor Versammlungsschluß nochmals Gehör und forderte die Versammlung auf, über die Resolution abzustimmen, die folgenden Wortlaut hat:

Die am 8. Juni im „Deutschen Gesellschaftshaus“, Halle, auf Einladung der Deutschen Aufwertungs- und Aufbaupartei versammelten Einwohner Halles erklären, daß sie restlos auf dem Boden der beantragten entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen Fürsten stehen. Die Not und das Elend der durch die Inflation Geschädigten erfordern den Zusammenschluß aller betrogenen Sparer und Rentner mit allen, die sich für den Volksentscheid einsetzen.

Am 20. Juni stimmt jeder mit „Ja“. Für Volksrecht, gegen Fürstenhabgier!

Die Resolution ist unterzeichnet von je einem Mitglied der Friedensgesellschaft, der Jungdemokraten Halle, des Einheitskomitees zur Durchführung des Volksentscheids, der SPD. und der KPD.

Der größte Teil der Anwesenden stimmte dafür, nur eine einzige Stimme erhob sich dagegen, ein Beweis, daß auch die Sparer und Rentner ihre Pflicht zum 20. Juni erkannt haben.

Hallische Tageschronik

Tödlicher Unglücksfall auf der Saale

Gestern abend kenterte bei eintretender Dunkelheit auf der Saale ein Boot mit zwei Paddlern. Beide fielen ins Wasser. Der Schwimmer versuchte den Nichtschwimmer zu retten, wurde aber an seiner Bewegungsfreiheit durch den Nichtschwimmer gehindert. Eine hinzuspringende Dame konnte nur noch den Letzteren retten. Der Schwimmer ertrank. Der Vorfall, der sich auf dem durch die Hallorenstraße bedeckten Teil der Gerbersaale abspielte, wird wohl zur Folge haben, daß man künftig das Bootfahren in dieser Gegend verbieten wird. Trotz eifrigen Suchens seitens der Feuerwehr an der Ronneburger Mühle und der Bemühungen dreier Fischerleute konnte die Leiche noch nicht geborgen werden.

Kleine Ursachen ...

Wenn Kinder mit Streichhölzern spielen

Gestern nachmittag ¼4 Uhr wurde die Feuerwehr nach Spitze 24 gerufen. Zwei Knaben von 9 und 13 Jahren suchten im Keller den Ball zum Spielen. Es wurden Streichhölzer angezündet und achtlos weggeworfen. Dadurch entstand ein Feuer mit sehr großer Rauchentwicklung. Im Keller lagerten Kisten, mit Holzwolle und Heu gefüllt, vom Glas- und Kristallgeschäft Piesold. Die Feuerwehrleute mußten mit Rauchschutzhelm das Feuer angreifen. Mit zwei Schlauchleitungen wurde der Herd gelöscht. Je mehr Wasser auf die glimmende Holzwolle kam, um so stärker wurde die Rauchentwicklung. Nach einer halben Stunde wurde sie so stark, daß ein zweiter Löschzug gerufen werden mußte. Mit vereinten Kräften wurden die 12 bis 14 angekohlten und glimmenden Kisten aus dem Keller geholt. Eine mühsame, gefährliche Arbeit, denn durch den Qualm war nicht hindurchzusehen. Um Luft zu schaffen, wurde eine Mauer durchgebrochen. Nach 1½stündiger angestrengter Arbeit konnte der erste Löschzug abfahren. Nachdem die gesamte angekohlte Holzwolle von den Feuerwehrleuten ins Freie geschafft war, konnte eine Stunde später der zweite Löschzug einrücken.

Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene

erfolgt für den Monat Juni d. J. gegen Vorlegung der Ausweiskarten beim städtischen Jugendamte, und zwar für folgende Buchstaben:

A bis H am Montag, dem 14. Juni,
I bis Q am Dienstag, dem 15. Juni,
R bis Z am Mittwoch, dem 16. Juni,

in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. In der Kasse des Jugendamts wird, wie bisher, für die Buchstaben A bis D und M, S Sch und St gezahlt, während die Zahlung für die anderen Buchstaben im Steuererheberzimmer, Rathausstraße 3, Erdgeschoß, erfolgt.

Die Zusatzrenten-Zahlung für Kriegsbeschädigte erfolgt beim Fürsorgamt am 14. für die Buchstaben A bis K und am 15. Juni für den Rest zu den gleichen Zeiten.

Vorzeitige Auszahlungen können nicht erfolgen und müssen die angesetzten Zahltage unbedingt eingehalten werden.

* **Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden,** Ortsgruppe Halle, veranstaltet am Sonntag, dem 13. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark“ eine **Kundgebung für den Volksentscheid,** zu deren Besuch er alle Rentenempfänger und Arbeitsinvaliden auffordert.

* **Mitteldeutsche Bäckerei-Fachausstellung vom 19. bis 24. Juni 1926 in Halle a. S.** Am 19. Juni 1926 wird die Mitteldeutsche Bäckerei-Fachausstellung programmäßig eröffnet werden. In einer errichteten Ausstellungshalle (neben der „Saalschloßbrauerei“) von ca. 10 000 qm werden die Aussteller mit all den Maschinen und Geräten, welche für eine moderne Bäckerei unentbehrlich sind, untergebracht. Außerdem ist für Unterhaltung und Erfrischungsmöglichkeit reichlich Sorge getragen.

* **Hallischer Kinderchor.** Die Mitglieder des Hallischen Kinderchors können die Programme zum Liederabend, welcher am Freitag, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ stattfindet, bei Frau Fehse, Gabelsbergerstraße 3, abholen.

* **Arbeiter-Samariter.** Die Versammlung der diensttuenden Abteilung findet Umstände halber erst Donnerstag abend 8 Uhr statt. **Der Vorstand.**

Nietleben

Keinen Pfennig den Fürsten! Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr findet eine Demonstration statt gegen den Drei-Milliarden-Raub der Fürsten. Alle Arbeitervereine, angeschlossen am Arbeiter-Sportkartell, sowie alle sympathisierenden Arbeiter und Angestellten sind verpflichtet, sich daran zu beteiligen. Die organisierten Arbeiter unseres Ortes müssen alle säumigen und gleichgültigen Einwohner auffordern, sich am 20. Juni am Volksentscheid zu beteiligen. Es gilt, noch Hunderte an die Wahlurne zu bringen.

Bruckdorf, Zwintschöna, Dieskau, Canena

Die Frau des Genossen Max Hoelz spricht am Donnerstag, dem 10. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Große, Bruckdorf, über „Klassenjustiz und politische Gefangene“. Anschließend daran spricht Genosse Baumgärtel über „Amnestie und Volksentscheid“. Arbeiter, erscheint in Massen.

Aus der Jugendbewegung

Mitglieder der Kommunistischen Jugend!

Genossen! Der Volksentscheid steht vor der Tür. Ueber die große Bedeutung brauchen wir nicht besonders zu schreiben. Wir möchten nur allen Genossen noch einmal zum Bewußtsein bringen, daß auch wir als Jugend unsere Pflicht in dieser Beziehung voll erfüllen müssen.

Wir **verpflichten** deshalb **alle** Genossen unbedingt zu unserer Mitgliederversammlung, Hauptthema Volksentscheid, die am Donnerstag, dem 10. Juni, ½8 Uhr abends, in der Produktiv-Genossenschaft stattfindet, zu erscheinen. **Ortsleitung.**

Arbeiter-Sport

Unsere Sportbeilage

kann aus technischen Gründen statt heute erst morgen erscheinen.

Arbeiter-Athletenbund 5. Kreis, 1. Bezirk.

Mittwoch, 9. Juni, abends 9 Uhr, findet im CT.-Restaurant, Schulstraße, die nächste **Kampfrichter-Versammlung** statt. Sämtliche geprüften Kampfrichter von Boxklub International, Achilles, Germania-Felsenfest, sowie Genosse Schön von Atlas **werden** ersucht, diesmal zu erscheinen. Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft. Genosse Phillipp, Germania, wird gebeten, die Berichtigung (Bundesmstr.) mitzubringen. Ferner wird gebeten, die Mitgliedslisten, die längst in meinen Händen sein sollten, mitzubringen. Bisher getätigte Kampfabschlüsse, auch die der nächsten Zeit, sind möglichst schriftlich anzugeben. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. **Fred Ölbrich,** Kreis- und Bezirks-Vorwart.

Giebichenstein 1. — Sportbrüder 1. stehen sich am Freitagabend ½7 Uhr auf der Peißnitz im friedlichen Wettspiel gegenüber. Beide Mannschaften haben von jeher sehr gute Spiele gezeigt. Das letzte Zusammentreffen beider Mannschaften endete unentschieden 1:1. Seitdem haben sich aber beide Mannschaften in ihrer

Freitag, den 11. Juni, abends ½7 Uhr, auf der Peißnitz:

Giebichenstein 1. — Sportbrüder 1.

Spielweise bedeutend verbessert. Von G. sind wir eine faire und sehr schnelle Spielleistung gewöhnt, vor allem sind es die beiden Außenstürmer, die mit großer Schnelligkeit den Ball in des Gegners Tornähe bringen. Bei Sportbrüder ist neben guter Spielweise vor allem das Innentrio auf der Höhe. Schwer zu überwinden ist aber Sp. Verteidigung. Alles in allem, hier sehen wir wieder mal ein paar gute Mannschaften spielen, daher verlohnt es sich, an diesem Abend zur Peißnitz zu gehen.

Arbeiter-Radioklub Halle, Geschäftsstelle „Gewerkschaftshaus“, Harz 42—44, Zimmer 42. Jeden Donnerstag von 4 bis 8 Uhr: Unterricht und Bastelstunde der Jugendgruppe; von ½8 bis ½9 Uhr: Vortragsstunde; von ½9 Uhr: Bastelabend mit praktischer Anweisung. Materialbestellungen werden dortselbst entgegengenommen. Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Zimmer 14: Mitgliederversammlung und Vortrag.

Reichsarbeitersportwoche in Dölau

In diesem Jahre veranstaltet das Arbeiter-Sportkartell Dölau eine **Reichs-Arbeiter-Sportwoche.** Dieselbe beginnt am Donnerstag, 10. Juni. Sie wird eingeleitet durch den Film **„Die neue Großmacht“.** Nachmittags findet eine Kindervorstellung statt. **Freitag,** 11. Juni, wird der Film abends 8 Uhr nochmals gespielt. Die Filmvorführungen finden in Meißners Kino statt. **Sonnabend,** 12. Juni, spielt Fortuna 3. — Minerva 3. **Sonntag,** 13. Juni, von nachmittags 2 Uhr an, auf dem neuen Sportplatz am Bahnhof „Dölauer Heide“ leichtathletische Wettkämpfe. Um 3 Uhr Fußballwettspiel: Fortuna 1. — T. u. Sp. 1. Dresden-Freital. Anschließend Box- und Ringkämpfe, ausgeführt vom Athletenklub Achilles von 1890, Damen-Handballspiel Cröllwitz 1. — Achilles 1. Im Restaurant Dölauer Heide findet von vormittags 9 Uhr an ein Werbekegeln des Dölauer Kegelklubs statt. Daselbst von 7 Uhr an Ball. Arbeiter, erscheint in Massen!

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Frau des Genossen
Max Hoelz spricht am Freitag, dem 11. Juni, abends 8 Uhr, im Garten des „Volkspark“, Burgstraße, über: **„Amnestie und Volksentscheid“**

Strahlenförmig
verbreitet sich der gute Ruf unserer Firma, weil wir jeden Käufer so bedienen, daß er für sein Geld ein gutes molliges Bett erhält!

Bettfedern staubfrei gereinigt!

…Pfd. Mk.	1,40	2,20	3,00	4,00		[2204
…Halbdaunen Pfund			4,00	4,50		
…Rupfedern	„		5,50	6,50	7,00	
…Schleißfedern	„		6,50	8,00	9,00	10,00
…Halbdaunen	„		9,00	10,00	11,00	
…Daunen	„		12,00	14,00		
…	„		15,00	18,00	25,00	

Inlettstoffe in allen Preislagen
Bettfedern-Reinigungs-Maschine
neuesten Systems täglich im Betrieb
Kress & Co.
Bettfedern-Spezial-Geschäft
…nerhöhe 4 Halle a. S. Telephon 3332

…sichtskarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260609-12/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Zum Gewerkschaftstag

Der englische Bergarbeiterkampf hat nicht nur der englischen, sondern der Arbeiterschaft der ganzen Welt große, wichtige Lehren gegeben. Eine solche Lehre ist, daß in der heutigen Epoche des Kapitalismus Kämpfe um die Arbeitsbedingungen politische Auseinandersetzungen sind, in denen die Gegenseite (die Kapitalisten und ihre Regierungen), sich dieser Situation bewußt, mit allen Mitteln die in ihrer Hand befindlichen Macht einsetzt, daß also **die Gewerkschaften** bei der Organisierung von Wirtschaftskämpfen von vornherein auch ihren Kampf darauf einstellen müssen. Die andere, besonders hervorzuhebende Lehre ist die Sammlung neuer Erfahrungen zu dem Kapitel: **Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer**, und die Rückwirkung dieser Erfahrungen auf Bestand und Leben der Kommunistischen Partei. Die rechte Gewerkschaftsbureaukratie in England hat sich durch die offene Stellungnahme gegen den Generalstreik in aller Kraßheit als Gruppe des Bürgertums enthüllt. Die Verkündung des Generalstreiks war nur unter dem Druck der Massenbewegung erfolgt mit der von Anfang an klaren Absicht, den Streik **nicht** durchzuführen! Der größere Teil der „linken" Führerschaft hat, als die Situation von ihnen eine **Entscheidung** forderte, sich nicht entscheiden können und wird dadurch vermutlich ziemlich rasch jetzt in das Lager der Macdonald, Henderson usw. überlaufen. Einige wenige, wie Cook, sind dem Kommunismus näher gekommen, als sie es bisher schon waren, breite Arbeitermassen strömen auf Grund der Erfahrungen der letzten Wochen der KPE. zu und machen diese zu einem ganz anderen Faktor, als sie es bisher, weil sie noch keine **Massenpartei** war, trotz richtiger Theorie und Praxis sein konnte.

Wir haben in unseren Zellen, in Informationsabenden, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen Stellung zum Kampf der englischen Arbeiterklasse genommen und besprochen, welche Aufgaben der Solidarität und des Kampfes um eigene Forderungen die deutsche Arbeiterschaft hat. In den Versammlungen der in der Gewerkschaftsbewegung **aktiven Parteimitglieder**, die heute abend in Halle, Weißenfels und anderen Orten des Bezirkes stattfinden, sollen die Lehren weiter vertieft und, angeknüpft an die konkreten örtlichen Möglichkeiten, die Schritte zur praktischen **Auswirkung** beraten werden. In den nicht aufgezählten Orten, die für die Gewerkschaftsbewegung Bedeutung haben, sind die Gewerkschaftsleiter zur Organisierung entsprechender Sitzungen verpflichtet.

Der Gewerkschaftstag hat eine reichhaltige Tagesordnung, denn wir können ihn nicht vorübergehen lassen, ohne zum **Volksentscheid** Stellung zu nehmen. Nicht, daß wir hier die Frage noch einmal politisch zu behandeln hätten und ebensowenig alle die uns erwachsenden praktischen Arbeiten. Es ist vielmehr ganz speziell die Ausnutzung der einzelnen Verbände und Ortsausschüsse für die Propaganda, ihre Einspannung in die Arbeit (z. B. auch Land- und Hausagitation, Literaturvertrieb usw.), wiederum aufgebaut auf die örtlichen Verhältnisse, festzulegen. Dabei steht im Mittelpunkt die Auseinandersetzung mit dem Aufruf der hallischen ADGB.- und Afa-Instanzen, den wir im Montag-„Klassenkampf" der Kritik unterzogen haben, ferner die Kampagne gegen die Hetze des ADGB. gegen die angesichts des organisierten Vorgehens der Konterrevolution so dringend notwendige Bildung von betrieblichen und örtlichen **Einheitskomitees für den Volksentscheid.**

Die Ortsgruppen, in denen heute abend die Arbeit organisiert werden soll, haben ihrerseits die Aufgabe, für vollzähligen Besuch zu sorgen, führend voranzugehen und mitzuhelfen, daß durch die Belebung des Gewerkschaftslebens Mitteldeutschland wie früher das rote Herz der deutschen Arbeiterbewegung wird.

Und die anderen Gewerkschaften?

Die Sitzung der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschloß am 7. Juni, beiden Parteien, SPD. und KPD., zur Unterstützung der Arbeiten zum Volksentscheid je 100 Mark zu überweisen.

Die Kollegen der anderen Gewerkschaften müssen ihre Leitungen zu einem gleichen Beschluß veranlassen.

Endgültiges Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn

Vom Einheitsverband der Eisenbahner erhalten wir folgenden Bericht:

Die Arbeiter der Reichsbahn haben am 18. und 19. Mai d. J. zum sechstenmal seit Bestehen des Betriebsrätegesetzes ihre gesetzlichen Betriebsvertretungen gewählt. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis:

Einheitsverband	GDE.	AEV.	Industrieverband
214 249	50 411	23 857	6050

Das Ergebnis des Vorjahres war: Einheitsverband 191 690, der Gewinn beträgt mithin 22 549 Stimmen = 11,93 Prozent. GDE. 49 141 Stimmen, Gewinn 1270 = 2,58 Prozent. AEV. 25 338, Verlust 1481 Stimmen = 5,89 Prozent. Der Freie Eisenbahner-Verband als Vorläufer des Industrieverbandes erhielt damals 27 102 Stimmen, der Verlust des Industrieverbandes beträgt demnach 21 052 Stimmen = 77,68 Prozent.

Auf Grund dieses Ergebnisses erhält der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands im Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin 19 Sitze von 25, gegenüber 18 Sitzen am Schluß der Wahlperiode. GDE. (christlich) erhält 4 Sitze, der AEV. (Hirsch-Duncker) erhält 2 Sitze, der Industrieverband geht leer aus. GDE. und AEV. haben demnach ihren Besitz im Hauptbetriebsrat behauptet, während der Einheitsverband ein Mandat im Hauptbetriebsrat gewinnt.

In den Bezirks-Betriebsräten der 30 Reichsbahndirektionen erhält der Einheitsverband nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten 271 Mandate gegen 262 im Vorjahre, er gewinnt somit 9 Mandate. GDE. erhält 58 gegen 56, der AEV. erhält 20 gegen 26, der Industrieverband als Nachfolger des Freien Eisenbahnerverbandes erhält je 1 Mandat in den Bezirken Berlin und Dresden, zusammen also 2 Mandate, statt 23 des Freien Eisenbahnerverbandes im Vorjahre. Verlust also 21 Mandate.

Das Wahlergebnis ist also **ein glänzendes Vertrauensvotum für die freigewerkschaftliche Richtung bei den Eisenbahnern.** Der Einheitsverband hat, was wir schon in unserer ersten Meldung mitteilen konnten, einen großen Erfolg davongetragen. Der Erfolg gründet sich auf die unermüdliche Tätigkeit der Funktionäre einschließlich der Betriebs- und Beamtenräte. Er wird für alle Funktionäre und Mitglieder des Einheitsverbandes ein Ansporn zu kraftvoller Interessenvertretung der Verbandsmitglieder sein. Das Wahlergebnis zeigt auch, daß sich bei der großen Masse der Eisenbahner in steigendem Maße die Erkenntnis durchsetzt, **daß gegenüber der Willkürherrschaft und den brutalen Ausbeutermethoden der Reichsbahngesellschaft nur die Zusammenfassung aller Kräfte** den Forderungen des Personals auf Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen zum Siege verhelfen kann."

Der bedeutungsvolle Sieg des Einheitsverbandes ist nicht zuletzt auf die Liquidierung des Freien Eisenbahnerverbandes durch die kommunistische Opposition zurückzuführen. Die Niederlage der Schmidke und Co. mit ihrem „Industrieverband" wäre noch vollkommener, wenn die Leitung des Einheitsverbandes der Wiedervereinigung nicht unverständliche Hindernisse entgegengestellt hätte. **Die Leitung des Einheitsverbandes ist noch immer reformistisch** und ist noch durchaus nicht durchdrungen von der Notwendigkeit revolutionärer Kampfesmethoden. Daß dies geschieht, ist die Aufgabe der Eisenbahnarbeiter, die bei der Betriebsrätewahl ihren Willen zum Kampf eindeutig bekundet haben.

•

Die Klage der Reichsbahn gegen die Reichsregierung wegen der Verbindlichkeitserklärung des Pfennigschiedsspruchs findet am 9. Juni vor dem Reichsbahngericht statt.

Die drei vertragschließenden Eisenbahner-Organisationen haben gestern durch den Rechtsanwalt Dr. Georg Baum die Berufungsklage beim Kammergericht eingereicht.

Gewerkschaftspolitik und Arbeitsmarkt

Auch ein Wort zum DMV.-Verbandstag

Als erste unter den Gewerkschaftszeitungen sieht sich die „Metallarbeiter-Zeitung" gezwungen, festzustellen, daß die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise aller Voraussicht nach in absehbarer Zeit keine Milderung erfahren dürfte, soweit der Arbeitsmarkt in Betracht kommt. Die Verengung des Weltmarktes durch die Industrialisierung der Rohstoffländer, die Vermehrung der Arbeiterarmee in Deutschland durch den Fortfall des stehenden Heeres und der Rüstungsindustrie, die Proletarisierung breiter Mittelschichten, dies alles muß dazu beitragen, daß in Deutschland eine Millionenarmee von Arbeitslosen vorläufig zu einer Dauererscheinung wird. Auch die Rationalisierung, die Verbesserung der Betriebsorganisation und der Maschinerie werden hierin keinen Wandel schaffen, im Gegenteil: sie bringen nur eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit, insofern sie Arbeitskräfte durch erhöhte Produktivität freisetzen.

Das Metallarbeiterorgan kennzeichnet die gegenwärtige Lage in Uebereinstimmung mit der Gewerkschaftsopposition als „**Stabilisierung der Arbeitslosigkeit**". Für so erfreulich wir es auch halten, daß diese Einsicht zwar recht spät, aber immer noch vor dem Verbandstag der Leitung des DMV. gedämmert ist, so sehr ist es nötig, darauf hinzuweisen, daß aus dieser Einstellung und dieser Erkenntnis in dem Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung" nicht die geringste Folgerung gezogen worden ist. „Stabilisierung der Arbeitslosigkeit", das heißt, dauerndes Ueberangebot von Arbeitskräften am Arbeitsmarkt. Die gesamte Gewerkschaftstaktik aller Verbände einschließlich der Metallarbeiter ist aber völlig einseitig nach dem Arbeitsmarkt orientiert. Lediglich Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften bestimmen ihre Taktik.

Eine derartige Einstellung der Gewerkschaftspolitik war vielleicht annehmbar für die Verhältnisse der Vorkriegszeit. War unter den damaligen Bedingungen irgendeine schlechte Konjunktur in einem Gewerbe, so waren die Gewerkschaften eben gezwungen, in den Arbeitsbedingungen und Löhnen Konzessionen zu machen und zurückzuweichen. Und sie konnten das auch tun in dem Bewußtsein, daß die Konjunktur in verhältnismäßig kurzer Zeit sich wieder bessern werde und auf diese Weise die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskraft ihnen die Möglichkeit geben werde, die Scharte wieder auszuwetzen und sogar noch Vorteile über den alten Stand hinaus zu erzielen. Die Voraussetzung für diese Taktik bildete jedoch die Notwendigkeit, daß Zeiten einer verhältnismäßigen Arbeitslosigkeit bald wieder durch Zeiten guter Beschäftigung und hoher Bewertung der Arbeitskraft abgelöst wurden.

Gerade diese Voraussetzung ist aber nach der „Metallarbeiter-Zeitung" heute nicht mehr vorhanden. In gewissem Sinne haben wir seit 1920 schon eine bedeutende Dauerarbeitslosigkeit in Deutschland, seit sechs Monaten ist aber eine offene Krise von geradezu katastrophalem Ausmaß zu verzeichnen. Die Gewerkschaften, die immer noch bei ihren Vorkriegsmethoden verblieben sind, sahen sich gezwungen, einen Rückzug nach dem anderen anzutreten. Eine gewaltige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, eine Herabdrückung der gesamten proletarischen Lebenshaltung ist im letzten Jahre zu verzeichnen. Nicht nur, daß in vielen Zweigen des Wirtschaftslebens ein bedeutender Abbau der durchschnittlichen Reallöhne eingesetzt hat; darüber hinaus ist durch Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Akkordsätze, Zuweisung von mehr Maschinen an den einzelnen Arbeiter zur Bedingung, strengere Kontrollsysteme in den Fabriken und ähnliches, eine ungemeine Verschärfung der Ausbeutung der Arbeitskraft eingetreten. Zieht man noch weiterhin in Betracht, wie sehr durch die Ernährungs- und Wohnverhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit die Gesundheit der Arbeiterschaft, namentlich der heranwachsenden Generation, untergraben ist, so kann man geradezu von verheerenden Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskatastrophe des Proletariats sprechen.

Die Gewerkschaften sind genötigt, diese Verhältnisse zuzugeben. Ihre Zeitungen sind spaltenlang gefüllt mit Berichten über Unternehmerangriffe auf die Arbeitsbedingungen, von behördlicher Unterstützung dieser Ausbeuterpolitik und von ihren Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeiterklasse und ihre soziale Lage. Die Gewerkschaften stimmen auch darin überein, daß diese Entwicklung zurückzuführen ist auf das Ueberangebot von Arbeitskräften. Die „Metallarbeiter-Zeitung" erklärt nun diese Massenarbeitslosigkeit für eine Dauererscheinung. Bei dieser Sachlage ergeben sich nur zwei Wege der Gewerkschaftspolitik: entweder die Gewerkschaften setzen mit ihren heutigen Kampfmitteln ihre Arbeit fort, mit einer Methode, die sich völlig unbrauchbar erwiesen hat, während der Arbeitslosigkeit den sozialen Wiederaufstieg der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Unternehmertum zu sichern, damit sprechen sie auch gleichzeitig den Gewerkschaftsorganisationen das Todesurteil; denn da das Ueberangebot von Arbeitskräften eine Dauererscheinung bildet, muß das Lebensniveau der Arbeiterklasse ohne erfolgreiche Gegenwehr immer tiefer sinken. Die Gewerkschaftsorganisationen lassen sich aber auf die Dauer nur aufrechterhalten, wenn sie getragen sind von einer gesunden, vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft, die das Bewußtsein hat, daß die Gewerkschaften Mittel zu weiterem Aufstieg sind. Erklären sich die Gewerkschaften hierzu außerstande, so ist eine Massenflucht aus den Verbänden schließlich nicht mehr aufzuhalten. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind leicht auszudenken.

Die andere Möglichkeit, die sich für die Gewerkschaftspolitik ergibt, ist ihre Neugestaltung und Anpassung an die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Die Dauerarbeitslosigkeit gibt wirtschaftlich dem einzelnen Unternehmer ein großes Uebergewicht über die Arbeiter, aber nur wirtschaftlich. In dem Augenblick aber, in dem der Wirtschaftskampf einen Umfang annimmt, der über eine lokale oder berufliche Sonderangelegenheit hinausgeht, muß er, namentlich bei der Labilität der Klassenlage in Deutschland, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter verschieben. Bei den Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterschaft seit 1918 sammeln konnte, muß ein gewerkschaftlicher Massenkampf, der von einer klassenbewußten, zielsicheren und energischen Gewerkschaftsleitung durchgeführt wird, den politischen Bewußtseinsgrad der Massen heben, die indifferenten Elemente in die Front der Arbeiterbewegung einreihen und aktivisieren, und auf diese Weise gerade die politische Grundlage der Unternehmeroffensive erschüttern. Die Unternehmer fürchten diese Entwicklung und suchen sie nach Möglichkeit durch Zersplitterung des Wirtschaftskampfes in Einzelaktionen zu verhindern. Die Gewerkschaften haben aber gerade das entgegengesetzte Interesse. Die Zusammenballung des Abwehrkampfes zu einheitlichen großen Massenaktionen, die Verschärfung des Gegensatzes zum Unternehmertum und den ihm dienbaren Staatsbehörden, ist gerade die beste Voraussetzung für einen Erfolg des Gewerkschaftskampfes unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit. Hier bietet sich auch die Gelegenheit, die Millionen Arbeitslosen, die, erbittert über ihr Schicksal und der Passivität ausgesetzt, die Gefahr einer Schwächung der proletarischen Kampfstärke bedeuten, in die Arbeiterfront einzureihen und so die Massenarbeitslosigkeit aus einem Hemmnis des Gewerkschaftskampfes zu einem Hebel des Erfolges zu machen.

Verkürzung der Arbeitszeit, durchgreifende Lohnerhöhungen und vermehrte Kontrollrechte der Betriebsräte, nicht mehr als berufliche Sonderforderungen, sondern von der gesamten freigewerkschaftlichen Bewegung als allgemeine Einheitsforderung aufgestellt und zum Ziel einer umfassenden Kampagne und gegebenenfalls eines energischen Kampfes der breitesten Arbeiterschichten gemacht, das ist allerdings ein unbedingtes Erfordernis, um die Gewerkschaftstaktik entsprechend den Anforderungen der gegenwärtigen Lage zu revidieren. Wir sind uns wohl bewußt, daß ein einzelner Verband, und mag er eine Leitung haben, die noch von so ehrlichem Wollen und revolutionärer Einsicht beseelt ist, diese Politik allein nicht durchführen kann, solange nicht die entscheidenden Verbände des ADGB. ebenfalls die Notwendigkeit dieser Politik eingesehen haben. Aber ein einzelner Verband kann doch viel tun zur Erreichung dieses Zieles. Setzt er sich für eine entsprechende Umstellung der ADGB.-Politik ein, verficht er sie mit entschiedener Energie in der breiten Oeffentlichkeit, so kann die Wirkung um so weniger ausbleiben, je offenbarer der Bankrott der aus der Vorkriegszeit übernommenen Kampfmethoden zutage tritt. Darüber hinaus kann der Verband aber auch in seinem eigenen Hause manches tun, um durch Umstellung der Tarifpolitik durch Diskussion der dringenden gewerkschaftlichen Probleme in den eigenen Reihen und der daraus resultierenden Neuorientierung seiner gesamten Taktik die Lage seiner eigenen Berufsangehörigen zu bessern.

Die bisherige Leitung des Metallarbeiterverbandes hat von derartigen Bestrebungen bisher nichts merken lassen. Es scheint in der Leitung des DMV. Elemente zu geben, die trotz der Erkenntnis von der „Stabilisierung der Arbeitslosigkeit" den Bankrott der Gewerkschaftsbewegung einer Umstellung der Gewerkschaftspolitik vorziehen, um nicht aus ihrer Ruhe aufgeschreckt zu werden. **Die Wahlen zum Verbandstag müssen hier Wandel schaffen, wenn nicht neue kostbare Zeit nutzlos verstreichen soll.**

Arbeitsgerichte!

Von **Paul Bertz**

Anm. d. Verf.: Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen eigenen Entwurf zum Arbeitsgerichtsgesetz eingebracht, der am Schlusse dieses Artikels behandelt wird.

Wir fordern alle, insbesondere die in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen, auf, diese Artikel aufzubewahren und das Material bei der Diskussion über Fragen des Arbeitsrechts zu benutzen.

(Red. „Klassenkampf".)

I.

Die Geschichte des Arbeitsrechtes hat immer gezeigt, daß, wenn nach revolutionären Bewegungen die kapitalistischen Unterdrückungsmethoden sich ungehemmt entfalten konnten, die Bourgeoisie versuchte, die Streitfälle, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergaben, durch eine „liberale" Rechtsprechung zu schlichten. Nach der französischen Revolution wurden von Napoleon I. nach Beseitigung der Zünfte mit ihren Zunftgerichten den Friedensrichtern und dem Maire (Bürgermeister) die Schlichtung aller gewerblichen Streitigkeiten übertragen. Diese Maßnahme zeigte, daß die Schlichtung der Streitigkeiten durch die Maire und Friedensrichter sowie durch die Polizeikommissare in den größeren Städten nicht den erhofften Erfolg brachten. Es folgten dann die sogenannten Prud'hommes (Sachverständigengerichte).

In Preußen wurden zuerst in der Rheinprovinz nach französischem Muster diese Sachverständigengerichte als „Königliche Gewerbegerichte" in den verschiedensten Städten der Rheinprovinz errichtet. Im Jahre 1829 wurden in Westfalen und im Jahre 1849 für ganz Preußen Versuche zur Errichtung von Gewerbegerichten durch die Gesetzgebung unternommen. Diese Versuche scheiterten. Dort, wo Gerichte entstanden, verschwanden diese bald wieder. Später wurde in Sachsen, im Jahre 1861, ein Gesetz über Gewerbegerichte erlassen. Die Gewerbeordnung, die 1869 für den Norddeutschen Bund und dann 1873 für das Deutsche Reich gültig war, brachte insofern eine Reform, indem die Gemeindebehörden die gewerblichen Streitigkeiten zu erledigen hatten. Ihnen überließ man es auch, die Schiedsgerichte mit paritätischer Zusammensetzung zu bilden. Die Gemeinden kümmerten sich jedoch wenig um das Zustandekommen besonderer Gerichte. Die Regierung unterbreitete dem Reichstag 1873 einen Entwurf, der ebenfalls die Schaffung von besonderen Gerichten zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vorsah. Dieser Entwurf kam nicht zur Beratung. 1 Jahr später legte die Regierung einen neuen Entwurf vor. Dieser und ein dritter Entwurf, der dem Reichstag im Jahre 1878 vorgelegt wurde, kamen nicht zur Verabschiedung. Mit dem letzteren kam man bis zur dritten Beratung. Es setzte nun eine Pause von mehreren Jahren ein, in welcher die Parteien, sowohl wie die Regierung keine Initiative in der Schaffung der Gewerbegerichte ergriffen. Erst im März 1886 wurde, nachdem ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf über Arbeiterschutz diese Frage erneut aufgerollt hatte, nachstehende Resolution angenommen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die obligatorische Einführung von Gewerbegerichten, mit der Maßgabe bald tunlichst vorzulegen, daß die Beisitzer derselben zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und Arbeitern in getrennten Wahlkörpern und in unmittelbarer, gleicher und geheimer Abstimmung gewählt werden."

Nachdem dann im Jahre 1888 auch die Freisinnigen eine gesetzliche Regelung verlangt hatten, waren es im Jahre 1889 Zentrum, Nationalliberale und Freisinnige, die gemeinsam in einer Resolution ihre Forderungen niederlegten. Bemerkenswert ist, daß die Resolution der Bürgerlichen fast den gleichen Wortlaut hat wie die der Sozialdemokratie. Sie lautet:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bald tunlichst den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung von Gewerbegerichten, vorzulegen, mit der Maßgabe, daß die Beisitzer derselben zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und von den Arbeitern in getrennten Wahlkörpern und in unmittelbarer, gleicher und geheimer Abstimmung gewählt werden."

In diesen beiden Resolutionen zeigt sich, abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie die obligatorische Einführung von Gewerbegerichten verlangte, die Uebereinstimmung in der grundsätzlichen Auffassung über die Zusammensetzung der Gewerbegerichte. Ende desselben Jahres (November 1889) kündigte die Regierung dem Reichstag eine Vorlage an, in welcher die Wünsche, die in den Resolutionen niedergelegt waren, zur Geltung kommen sollten. Der im Jahre 1890 gewählte Reichstag, welcher im Mai zusammenkam, fand den angekündigten Entwurf vor, der dann im selben Jahre Gesetz wurde. Dieses Gesetz erfuhr im Jahre 1901 einige Aenderungen.

Die Schaffung der Kaufmannsgerichte, die im Jahre 1904 erfolgte, brachte für die Handlungsgehilfen und Lehrlinge eine Instanz zur Schlichtung von Streitigkeiten, die aus dem Angestelltenverhältnis entstanden.

Durch die Gesetzgebung in der Nachkriegszeit ist keine Zusammenfassung der Arbeitsgerichtsbarkeit, sondern vielmehr eine Zersplitterung derselben erfolgt. Der jetzt dem Reichstag von der Regierung vorgelegte Entwurf soll eine Zusammenfassung der Arbeitsgerichtsbarkeit herbeiführen. Er hat in der Nachkriegszeit seine Vorläufer gehabt. Der Unterausschuß des im Jahre 1919 geschaffenen Arbeitsrechtsausschusses arbeitete einen Vorentwurf aus, der als Grundlage für einen Entwurf diente und im Jahre [illegible] vom gesamten Arbeitsrechtsausschuß vorgelegt und diskutiert wurde. Ein weiterer Entwurf, den die Regierung im Jahre [illegible] dem Reichswirtschaftsrat, sowie dem Reichsrat zur Begutachtung vorlegte, wurde von dieser wieder zurückgezogen. Anträge der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei, die im Jahre 1924 gestellt wurden, verlangten die Schaffung von Arbeitsgerichten. Nunmehr wurde von der Regierung im Juli 1925 dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat ein Entwurf zur Begutachtung übergeben, der gegenwärtig dem Reichstag zur Beratung steht. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260609-12/fragment/page=0008